

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Ministerpräsident Dr. Markus Söder
Abg. Ludwig Hartmann
Abg. Thomas Kreuzer
Abg. Markus Plenk
Abg. Franz Bergmüller
Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn
Abg. Florian Streibl
Abg. Matthias Fischbach
Abg. Maximilian Deisenhofer
Abg. Horst Arnold
Erster Vizepräsident Karl Feller
Abg. Martin Hagen
Abg. Tobias Reiß
Abg. Raimund Swoboda
Abg. Petra Högl
Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback
Abg. Roland Magerl

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten
zur aktuellen Lage hinsichtlich der Corona-Pandemie**

Ich erteile Herrn Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder das Wort.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger! Die Lage ist leider sehr ernst. Es gibt keinen Anlass zur Entwarnung oder gar zur Sorglosigkeit. Wir müssen nachlegen. Dies ist kein Alarmismus, sondern die Wahrheit und die Realität.

Wir dürfen in dieser schwierigen Zeit nichts schönreden, sondern wir müssen besonnen und entschlossen handeln. Heute Morgen hat die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina uns allen noch einmal sehr deutlich den Ernst der Lage in ganz Deutschland vor Augen geführt. Ich zitiere:

Die aktuelle Entwicklung der Coronavirus-Pandemie gibt Anlass zu großer Sorge. Trotz Aussicht auf einen baldigen Beginn der Impfkampagne ist es aus wissenschaftlicher Sicht unbedingt notwendig, die weiterhin deutlich zu hohe Anzahl von Neuinfektionen durch einen harten Lockdown schnell und drastisch zu verringern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist eine eindrückliche Mahnung der Leopoldina, die übrigens nicht nur aus Virologen, sondern auch aus Medizinern, Wirtschaftswissenschaftlern und Wissenschaftlern aus anderen Bereichen besteht. Die Wissenschaft stellt uns die Diagnose. Die Politik muss aber eine Therapie bieten. Das tun wir. Wir legen Ihnen heute unseren Zehn-Punkte-Plan, der in der Zehnten Infektionsschutzmaßnahmenverordnung gefasst ist, zur Abstimmung vor. Diese Maßnahmen sollen heute Nacht ab 0:00 Uhr in Kraft treten. Ich bitte dafür um Unterstützung und Zustimmung durch die Mehrheit des Landtags.

Die Zustimmung des Landtags ist keine symbolische Handlung. Vielmehr liegt das letzte Wort tatsächlich beim Parlament. Deswegen ist das kein normaler Beschluss,

sondern eine entscheidende Weichenstellung. Es geht um die Sicherheit Bayerns. Deshalb sollte jedem klar sein: Hier geht es nicht nur um eine Debatte und um Meinungen, sondern um den Grundauftrag eines Parlaments, Land und Menschen zu beschützen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sind verschärfende Maßnahmen notwendig? – Ja, natürlich. Der Teil-Lockdown war ein Teilerfolg. Es war der mildeste Lockdown in Europa, und auch die Ergebnisse sind milde. Die exponentielle Entwicklung ist gebrochen, ja, mehr aber nicht. Dies ist zu wenig. Die Zahlen gehen einfach nicht runter. An einigen Stellen ist die Tendenz sogar steigend. In jedem Fall haben wir keine Trendumkehr.

In Bayern haben wir eine Inzidenz von circa 177 und befinden uns damit auf Platz 3 in Deutschland. Wir sind also weit von der Zahl 50 entfernt. Und wir haben 24 Hotspots, also 24 Städte oder Landkreise mit einer Inzidenz von über 200. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist einfach zu viel. Jeden Tag 3.000 bis 4.000 Neuinfektionen sind eine zu hohe Belastung. Noch nie gab es in Bayern so viele an Corona Erkrankte wie derzeit. Wir müssen sagen: Die zweite Welle ist schlimmer als die erste, wie das schon oft in der Geschichte von Pandemien der Fall war.

Die Folgen sind spürbar. In den Krankenhäusern droht Überlast, trotz zusätzlicher Intensivbetten. Überall gibt es Stimmen von Medizinern und Medizinerinnen, Intensivmedizinern und Pflegekräften, die eindringlich warnen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir dürfen die Hilferufe von der Front nicht ignorieren. Wir müssen die, die dort arbeiten und so Großartiges leisten, die nicht jammern, sondern täglich ihren Dienst für uns alle leisten, unterstützen. Das wollen wir in Bayern auch tun.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Überlast in den Krankenhäusern ist nur die Vorstufe der eigentlich schlimmeren Zahl, nämlich der Zahl der Todesfälle. Auch wenn die Zahl der Infektionen gleich

bleibt, steigt in Bayern und Deutschland die Zahl der Todesfälle stetig an. Alle vier Minuten stirbt in Deutschland ein Mensch an Corona, alle 20 Minuten in Bayern. Allein in der vergangenen Woche gab es in Bayern 523 Tote. Meine Damen und Herren, ich finde, jedes dieser Schicksale hat es verdient, dass man sich im Parlament dazu anständig und angemessen verhält. Das sind Schicksale, und das ist Leben!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich fände es höchst verstörend und zutiefst empörend, wenn darauf bestenfalls mit einem Schulterzucken reagiert würde. Todesfälle sind keine Frage der Statistik. Sie sind vielmehr Schicksale in Familien. Natürlich sind überwiegend Ältere betroffen. Aber es geht hier um unsere Eltern und Großeltern. Wie können da manche so herzlos und kalt reagieren?

Meine Damen und Herren, meine Eltern sind sehr früh verstorben. Meine Mutter verstarb mit 56 Jahren, drei Wochen vor meiner ersten Wahl in den Landtag im Jahre 1994. Mein Vater starb mit 72 Jahren. Was hätte ich dafür gegeben, hätte ich mehr Zeit mit ihnen verbringen können, egal, ob es ein Jahr, ein paar Monate oder ein paar Tage gewesen wären! Egal wie lange, jede Stunde mehr wäre mir wertvoll gewesen. Ich denke übrigens oft an sie. Wenn man die eigenen Kinder aufwachsen sieht, erkennt man, dass einem die Eltern fehlen. – Das sage ich nicht als Ministerpräsident, sondern als Vater und Sohn, wie es viele andere in diesem Land gibt.

Betrifft es uns selbst, haben wir sofort Verständnis. Geht es aber um die Familien anderer, warum wird dann manchmal so darüber geredet? – Ich finde, wir sollten in Bayern nicht nur für unsere eigene Familie Schutz und Sicherheit gewährleisten, sondern auch für die Familien anderer. Ein Staat, der sich nicht um alle Familien kümmern würde, hätte seinen Auftrag verfehlt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Manche sagen: Na ja, die sind doch alle über 80. Vielleicht lebt der eine oder andere eh nicht mehr lange. – Möchten wir, dass unsere Kinder auch einmal so über uns sprechen und genau das sagen? Gibt es eine Grenze, ab wann das Leben nicht mehr so wichtig ist? Liegt diese Grenze bei 90, bei 80 oder bei 70 Jahren? Wie reagieren wir eigentlich, wenn jemand sagt: Behandlungen in lebensbedrohlichen Situationen, die vielleicht wenig Aussicht auf Erfolg versprechen, sollten infrage gestellt werden? Ich kann Ihnen nur eines sagen: Das Grundgesetz garantiert den Schutz des Lebens. Als Verfassungsorgan, Staatsregierung und Ministerpräsident fühle ich mich verpflichtet, diesen Auftrag zu erfüllen.

Corona trifft immer mehr den ethischen Grundnerv unserer Gesellschaft. Ich möchte deswegen als Person, aber auch in meiner Funktion ein klares Schutzversprechen abgeben: Kein Kranker, kein Älterer soll sich alleingelassen fühlen. Jede und jeder sind uns wichtig. Daher werden wir vor Corona nicht kapitulieren. Stattdessen nehmen wir diese Herausforderung mit Besonnenheit, aber auch mit entschiedener Entschlossenheit an, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ist es notwendig? – Ja, natürlich. Warum jetzt? Wollen wir nicht noch warten? Wir haben uns doch erst vor wenigen Tagen schon einmal hier getroffen, um darüber zu reden. – Ich finde, wir sollten hier keine falschen Experimente unternehmen. Der bisherige Teil-Lockdown hat nicht den gewünschten und erhofften Erfolg gebracht – einen Teilerfolg, aber nicht den erhofften Erfolg. Sollen wir jetzt einfach bis zum 10. Januar warten, obwohl wir spüren, dass mehr zu tun ist, obwohl die Empfehlungen, mehr zu tun, eindringlich, nachdrücklich und klar sind? – Ich befürchte, es wäre vertane Zeit, einfach zu warten. Ich glaube, es ist besser, jetzt konsequenter zu handeln, vor allem, wenn man davon überzeugt ist. Wer aus Angst vor einer schweren Entscheidung nichts tut, der zögert schuldhaft. Das ist jedenfalls meine Auffassung. Wenn man überzeugt ist, etwas tun zu müssen, dann ist es besser, gleich konsequenter zu handeln und lieber früher als später. Wir dürfen eines nicht vergessen: Zwischen Weihnachten

und dem 10. Januar liegen die Weihnachtsferien. Bislang waren die Infektionszahlen nach den Ferien meist höher als zuvor. Deswegen, meine Damen und Herren, müssen die Zahlen bereits vor den Ferien zurückgehen. Wir können nicht einfach auf den 10. Januar warten, um dann vielleicht einen infektiologischen Scherbenhaufen vorzufinden.

Ist das ein bayerischer Alleingang? – Dieser Vorwurf wird gerne erhoben. – Nein, das beruht alles auf der Beschlusslage der Ministerpräsidentenkonferenz. Regionen mit hoher Inzidenz sollen mehr tun. Die Reaktion der anderen Länder zeigt aber, dass wir, glaube ich, auch hier in einem guten Geleitzug sind. Viele Länder wie Baden-Württemberg, das Saarland und zum Teil auch Hessen begrüßen eine Entscheidung und fordern jetzt eine erneute Ministerpräsidentenkonferenz, um nachzusteuern. Sachsen hat im Moment eine fast doppelt so hohe Inzidenzzahl wie wir. Dort hat man auch noch weitergehende Maßnahmen beschlossen. Ich finde das richtig. Parteiübergreifend erfahren wir Ermunterung und Zustimmung, zum Beispiel von Herrn Lauterbach – man muss ihn nicht mögen, aber ich respektiere sein Engagement und seine Kompetenz sehr –, der mir dies gestern noch mal ausdrücklich geschrieben hat.

Nun fragen manche Menschen: Warum ist Bayern denn immer so stark betroffen? Gibt es dafür möglicherweise Erklärungen? – Fakt ist: Seit März befanden wir uns leider immer auf dem höchsten Sockel. Wir haben ihn leider nie ganz verlassen. Wir sind ein Land mit hoher Mobilität. Wissenschaftlichen Analysen zufolge sind fast 86% unserer Menschen täglich unterwegs. Wir sind ein Land mit hoher Mobilität, was auch mit wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit zu tun hat. Natürlich spielt auch die Grenznahe eine Rolle. Wir haben mit 817 Kilometern zu Österreich und 357 Kilometern zu Tschechien die längste Außengrenze aller Bundesländer. Meine Damen und Herren, ich kann nur eines sagen: Bei einer sehr hohen Inzidenz in den Nachbarregionen – das ist kein Vorwurf, sondern nur eine Beschreibung – und der engen Verflechtung, die wir im Grenzraum haben – und übrigens auch wollen und sehr schätzen –, ist eine Übertragung möglich. Man kann das übrigens nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutsch-

land sehen: Es gibt diesen transferen Austausch. Bei uns in Bayern kann man das in vielen Hotspot-Regionen sehen, aber nicht nur bei uns, sondern auch andernorts.

Vielleicht – das könnte sein – ist auch ein bisschen Sorglosigkeit eingeekehrt. Wir haben die erste Welle alle miteinander – dafür bedanke ich mich noch heute bei jedem Einzelnen, auch hier im Saal – durch eine Gemeinschaftsleistung erfolgreich bekämpft, draußen in der Bevölkerung, aber auch hier im Parlament. Deswegen wird die zweite Welle vielleicht etwas unterschätzt. Das passiert übrigens nicht nur hier, sondern auch in anderen Ländern der Welt. Corona kehrt immer wieder zurück. Das jüngste Beispiel ist Südkorea, wo plötzlich ein starker Anstieg zu verzeichnen ist, obwohl wir glaubten, Südkorea habe das Problem seit Monaten schon erledigt.

Deswegen, meine Damen und Herren, bleibt es dabei: Wir müssen es nicht nur ernst nehmen; und es reicht auch nicht nur, an die Eigenverantwortung zu appellieren. Viele Menschen machen großartig mit, aber es gibt auch einige andere, die sich entweder schwertun oder die nicht mitmachen wollen. Deswegen sind neben Appellen auch Regeln, Leitplanken und klare Konsequenzen nötig. Das ist der Zehn-Punkte-Plan, den wir am Sonntag vorgelegt haben und heute dem Parlament zur Entscheidung und zur Abstimmung geben, der sich in der Zehnten Infektionsschutzmaßnahmenverordnung wiederfindet. Was ist die Überschrift? – Wie immer und ganz einfach: Daheimbleiben und Kontakte reduzieren. Trotz verschiedener wissenschaftlicher Untersuchungen kann hier und anderswo nach wie vor laut RKI und allen zuständigen Stellen bei 75% der Infektionen nicht exakt nachgewiesen werden, woher diese stammen. Wir haben Denkansätze, man glaubt an Wahrscheinlichkeiten, aber so richtig weiß man es nicht. Deswegen können wir das Problem nicht individuell lösen, sondern müssen einen breiten Ansatz wählen.

Dazu werden folgende Maßnahmen getroffen: Vorneweg und erstens wird der Katastrophenfall ausgerufen. Warum? – Der Katastrophenfall hat folgende Aufgaben: Er führt zu einem schnellen, reibungslosen und effektiven Miteinander der zuständigen Behörden. Zwischen Staat und Kommunen besteht in einer solchen Situation ein ein-

gespieltes Team. Das hat im Frühjahr übrigens hervorragend funktioniert und funktioniert jetzt auch. Dabei geht es um die Steuerung von Patientenströmen bei einer Überlastung der Krankenhäuser, damit eine Verlegung schnell stattfinden kann. Auch geht es um die Klärung von Kostenfragen, und – das wird für das Impfen ganz entscheidend sein – auch um den Einsatz von Ärzten, über den sozusagen direkt entschieden werden kann und der nicht über die kassenärztliche Vereinigung allein zu organisieren ist.

Jemand fragt: Ist der Katastrophenfall übertrieben? – Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen eines: Corona ist die größte Katastrophe, die unsere Generation je erlebt hat.

(Zuruf)

Wer dieses Thema ständig kleinredet, hat den Ernst der Lage nicht erkannt. Übrigens hat die Tatsache, dass diejenigen, die Corona ständig leugnen, in der Bevölkerung den Umfragen zufolge keine Zustimmung mehr finden, meine sehr verehrten Damen und Herren, einen Grund:

(Allgemeiner Beifall)

Wer miteinander streitet und sich anbrüllt,

(Zuruf)

erweckt kein Vertrauen bei den Menschen draußen. Brüllen ist kein politisches System und keine Methode, meine Damen und Herren, weder im Landtag noch bei der Bevölkerung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweitens, allgemeine Ausgangsbeschränkungen für ganz Bayern. Das ist ein Paradigmenwechsel im Vergleich zum Frühjahr. Im Frühjahr haben wir Kontaktbeschränkungen verhängt. Kontaktbeschränkung heißt: Überall ist Bewegung erlaubt, man soll nur

zusehen, dass man einander nicht zu nahe kommt. Jetzt gibt es eine Ausgangsbeschränkung wie in der ersten Welle. Das heißt: daheimbleiben und nur bei triftigem Grund rausgehen. Im Unterschied zur ersten schweren Welle – damals konnte man sich zeitweise nur mit einer Person treffen – kann man sich mit den Angehörigen eines Haushalts treffen, und es sind mehr Geschäfte geöffnet als im Frühjahr.

Jetzt werden manche sagen: Das ist doch nichts Besonderes. Das kann man alles umgehen. Ich sage Ihnen sehr offen: Das, was in der gesamten Debatte immer wieder ermüdet, ist dieses "Zurück-auf-Los", immer wieder jede Debatte von Neuem zu beginnen und auf die gleiche Uneinsichtigkeit zu treffen. Die einen sagen, das klingt zu "alarmistisch", die anderen sagen, das ist zu wenig oder wirkungslos. Ständig wird versucht, jede einzelne Maßnahme so zu zerreden, um das Haar in der Suppe zu finden. Jeder sucht nach einer Möglichkeit, irgendeine Umgehung oder ein Schlupfloch zu finden. Meine Damen und Herren, wer es jetzt nicht verstanden hat, dem sage ich: Die Zeit der Schlupflochsuche ist vorbei! Nun ist die Zeit der Verantwortung für alle. Man soll nicht immer nur fragen: Wie kann ich die Regeln umgehen? Stattdessen sollte man besser überlegen: Wie kann ich durch mein Zutun einen Beitrag dazu leisten, die Infektionszahlen schnell und konsequent zu reduzieren? Deswegen die Bitte und der Wunsch: Ausgangsbeschränkung bedeutet nicht nur einen Appell, sondern bedeutet ganz klar die Aufforderung, zu Hause zu bleiben sowie sich und andere zu schützen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Neben der Ausgangsbeschränkung wird es in Hotspots ab einer Inzidenz von 200 – das gilt ab morgen beispielsweise auch für München, Augsburg und Nürnberg – eine nächtliche Ausgangssperre von 21 bis 5 Uhr geben, ähnlich wie sie auch in Baden-Württemberg und anderswo beschlossen wird. Dies ist eine nachhaltige Verschärfung gegenüber dem Frühjahr. Im Frühjahr hatten wir das nicht. Das hilft, Kontakte deutlich zu reduzieren und die von uns allen auch immer wieder thematisierte Abwanderung ins Private deutlich zu dämpfen.

Drittens, Kontakte. In beiden Fällen, also bei Ausgangsbeschränkung und Ausgangssperre, bleibt es beim bisherigen Kontaktmanagement. Dieses Kontaktmanagement ist sehr eng geknüpft. Die Ausnahme – darüber wird noch diskutiert – besteht für uns nur zu Weihnachten. An Weihnachten ist mehr erlaubt, allerdings nur im engsten Familien- und Freundeskreis. Warum eigentlich an Weihnachten? – Weihnachten, sagen manche, ist für mich doch wie jeder Tag. – Für uns nicht. Weihnachten ist das emotionalste Fest in Deutschland. Es ist ein Fest der Hoffnung und ein Fest der Familie. Familie bedeutet in diesem Fall übrigens nicht nur traditionelle Familie. Zur Familie gehören all diejenigen, die füreinander Verantwortung tragen: Singles, Alleinerziehende und gleichgeschlechtliche Paare sind davon in gleicher Weise umfasst. Sie alle genießen den gleichen Schutz und Respekt dieser Familienidee. Ich finde, gerade an Weihnachten soll keiner alleine sein müssen. Das wäre, glaube ich, falsch. Was wir vorschlagen, ist aus unserer Sicht die richtige Balance aus Herz und Verstand. Trotzdem gilt es, aufzupassen, vorsichtig zu sein, aufeinander achtzugeben und sich möglicherweise vorher sogar noch einmal testen zu lassen. Sollten die Infektionszahlen dann trotz der ganzen Maßnahmen dramatisch steigen, werden wir uns das noch einmal genau anschauen.

Ich bitte um Verständnis, dass es an Silvester keine Ausnahme geben soll und kann. Silvester ist mehr das Fest der Freunde und der Partys. Hier wird wenig "Stille Nacht" gesungen; im Gegenteil, es ist eher die laute Nacht. Ausnahmen sind deswegen nicht angebracht. Ich weiß, dass das schwer ist. Das ist auch nichts, was jemandem Spaß macht; es ist hart. Allerdings gibt es neben dem stillen Silvester in diesem Jahr im nächsten Jahr sowie in vielen anderen Jahren noch andere Möglichkeiten. Wenn wir hier einen Fehler machen, wird Silvester an einigen Stellen schnell zu einem Super-spreader-Event, und das kann keiner wollen.

Viertens, Schulen: Die Schulen sind ein schwieriges Thema, von dem viele Menschen betroffen sind, und die Leopoldina hat die klare Empfehlung gegeben, die Zahl der Kontakte hier deutlich zu reduzieren. Wir haben – das muss man einfach feststellen –

in einigen Bereichen wie den Grundschulen und den Kitas sehr wenige Infektionen. In anderen Bereichen wie den Beruflichen Schulen und den höheren Klassen haben wir hingegen sehr viele Infektionen; im Übrigen ist bei den älteren Schülern die Infektionsgefahr der von Erwachsenen gleich.

Wir reduzieren dort daher ab morgen die Kontakte nachhaltig. Betroffen davon sind ungefähr 640.000 Schüler – diese Zahl hat uns das Kultusministerium heute zur Hand gegeben – und damit rund 40 % aller Schüler. Es gibt also eine sehr, sehr deutliche Kontaktreduktion in der Schule und darüber hinaus auch im ÖPNV; laut Schätzung des Verkehrsministeriums wird das gerade in Ballungsräumen eine Reduktion in den Stoßzeiten von über 50 % bringen. Es handelt sich also um eine wirkliche Entlastung. Das ist auch fein austariert, genau überlegt und nicht einfach mit dem Kamm drüber gegangen: Distanzunterricht bei den Beruflichen Schulen, ab der achten Klasse in einem Hotspot, und Wechselunterricht ab der achten Klasse überall in Bayern. Ausnahmen davon sind die Grundschulen, die Kitas, die Unterstufen, die Förderschulen und die Abschlussklassen in den jeweiligen Schulformen.

Da ich übrigens einer der wenigen Ministerpräsidenten bin, der noch schulpflichtige Kinder in diesen Altersstufen hat, weiß ich, welche Umstellung das für die Schulen und für die Schüler ist. Die Politik entscheidet schnell, und es ist gar nicht so einfach, das umzusetzen. Das geht auch nicht bei einem einzigen Amt, sondern das muss in Hunderten von Schulen gemacht werden und ist darüber hinaus mit vielen Fragen verbunden. Ich danke dem Kultusministerium für die schnelle Reaktion und die Umsetzung; denn das ist nicht leicht.

Wir achten gemeinsam darauf, dass die Abschlussprüfungen und die Qualität der Abschlüsse in Bayern im nationalen Vergleich weiter mit an der Spitze bleiben. Deshalb werden zum Beispiel bei der Q 11, die besonders betroffen ist, Prüfungen nachgeholt und Zeit- und Lehrpläne je nach Infektionsgeschehen angepasst. Vielleicht werden auch Abschlussprüfungen – für das Abitur ist es bereits angekündigt – nach hinten verschoben; da sind wir flexibel. Es soll nicht noch ein zusätzlicher Leistungsdruck zu

dem Corona-Stress entstehen, der für viele Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer ohnehin schon vorhanden ist und der sie belastet.

(Zuruf)

Meine Damen und Herren, wir haben den Vorteil, dass wir längere Ferien als andere haben. Die meisten Bundesländer haben kürzere Ferien. Wir hingegen haben eine relativ lange Zeit, in der wir Ruhe, und zwar auch bei dieser Diskussion haben. Wie es danach weitergeht, wird nach dem aktuellen Infektionsgeschehen behandelt. Es spricht aber vieles dafür, später auch vorsichtig und umsichtig einzusteigen.

Fünftens, Innenstädte und Geschäfte: Es gibt jetzt Einschränkungen, was die Kundenzahl anbelangt, insbesondere bei den großen Einkaufsmärkten, den Shopping Malls und Ähnlichem. Nach den Berichten, die uns vorliegen, wird die Distanz dort leider nicht in der gleichen Form eingehalten, wie das im Frühjahr geschah. Damals wurde das super gemacht; es gab Kundenzählungen und eine entsprechende Steuerung der Kundenströme.

Jetzt hören wir aus vielen Gesprächen und Berichten, aber wir erleben es auch, dass das nicht genauso wie im Frühjahr ist. Der Wirtschaftsminister wird daher noch einmal mit den Einrichtungen, Verbänden und Unternehmen sprechen, damit das wieder genauso erfolgt. Ansonsten müssten Konsequenzen gezogen werden; die Ordnungsämter und die Polizei werden jedenfalls vor allem an Wochenenden sehr genau darauf achten.

Die Leopoldina schlägt zudem vor, gerade in der Zeit zwischen dem 24. Dezember, also Weihnachten, und dem 10. Januar im Rahmen eines vertieften Lockdowns noch einmal alle Geschäfte zu schließen. Darüber habe ich mich heute mit dem Wirtschaftsminister lange ausgetauscht, denn das ist keine leichte Entscheidung. Ich kann sagen: Obgleich es nicht leichtfällt, haben wir uns gemeinsam dafür entschieden, das zu unterstützen, sollte das auf einer Ministerpräsidentenkonferenz beschlossen werden. Wir halten das für richtig,

(Zuruf)

denn wir müssen gerade zwischen Weihnachten und dem 10. Januar konsequent steuern. Allerdings brauchen wir dann auch eine Unterstützung für den Handel, also begleitende Maßnahmen, und, meine Damen und Herren,

(Zurufe)

eine einheitliche Regelung für Deutschland. Ich sage ganz bewusst: Wir treffen Entscheidungen aus der Verantwortung, das Beste für das Land zu erreichen.

(Zurufe)

Wir müssen Kontakte reduzieren, und wir reduzieren sie deshalb auch bei den Geschäften. Wenn das auf diesem Weg geht und die Empfehlung dahin gehend lautet, werden wir das in Bayern zwischen dem 24. Dezember und dem 10. Januar auch umsetzen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ab morgen gibt es dann noch eine weitere Verschärfung. Der Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen ist dann verboten.

(Zurufe)

Sie haben die Debatte erlebt – –

(Unruhe)

– Sie wirken, als wären Sie dort gerade gewesen.

(Heiterkeit – Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ganz Deutschland diskutiert das lebhaft, weil wir leider – das ist kein Vorwurf, sondern die Realität – ein Glühweinhopping bzw. Glühweinwanderungen erleben.

(Zuruf)

Es bilden sich sehr schnell Trauben von Menschen, und die Maske wird – klar – abgenommen. Das ist ein zusätzliches Risiko, das wir reduzieren wollen;

(Zurufe)

wir haben viele besorgte Bürger, die uns darauf ansprechen. Der Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen wird daher ab morgen – auch das ist im Vergleich zum Frühjahr eine deutliche Verschärfung – nicht mehr erlaubt sein.

Ich weiß, dass das alles schwer ist. Es tut uns auch leid, und normalerweise kämen wir nie auf die Idee, so etwas zu beschließen. Aber, meine Damen und Herren, allein die Appelle an die Vernunft reichen manchmal weder hier im Parlament noch draußen. Wir müssen die Vernünftigen vor den Unvernünftigen schützen, und darum bringen wir das gemeinschaftlich auf den Weg.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechstens. Ein besonderer Schutz gilt den Alten- und Pflegeheimen sowie den Behinderteneinrichtungen, denn hier wird Corona in der Tat innerhalb von wenigen Tagen, Stunden lebensgefährlich. Häufig sind sie übrigens sogar – auch Hubert Aiwanger hat mir das zum Beispiel aus dem Landkreis Landshut oder aus der Stadt Landshut berichtet – Hotspots in den Hotspots, wenn man das so sagen kann. – Wir müssen deshalb mehr tun, und ich habe das Gesundheitsministerium noch einmal nachdrücklich gebeten, die Heimaufsicht zu verstärken, was auch schon getan wird. Darüber hinaus müssen wir das Management an einigen Stellen in der richtigen Balance weiterentwickeln – nicht absperren und einsperren, sondern offenlassen, aber die Sicherheit deutlich verbessern und Besuche nur einmal pro Tag mit einem Test zulassen. Wir bieten ferner von staatlicher Seite aus FFP2-Masken an.

(Zuruf: Oh!)

Ein engmaschiges Testen der Mitarbeiter ist besonders wichtig – mindestens zweimal in der Woche, egal ob PCR- oder Schnelltest –, um hier den Eintrag zu verhindern, der übrigens in vielen Bereichen leider ein Grund für einige schwere Infektionen gewesen ist.

Wichtig ist auch eine rasche Verlegung der infizierten Bewohner in geeignete andere Einrichtungen, um Infektionsketten schnell zu unterbrechen und die Infektionswege auszutrocknen.

Viele der betroffenen Pflegekräfte sind Pendler, und zwar gerade aus den Grenzregionen Österreich und Tschechien. Ich sage ausdrücklich: Wir sind dankbar, dass wir sie haben; sie leisten eine großartige Arbeit. Der Eintrag, der dort stattfindet, ist jedoch leider statistisch nachweisbar. Das ist kein Vorwurf, sondern das ist die Wahrheit.

Ich habe vorhin schon einmal die Nachbarregionen angesprochen. Es ist statistisch so, dass wir in diesen Bereichen zum Teil deutlich höhere Zahlen verzeichnen. Wenn die Inzidenzen bei den Nachbarn aufgrund der engmaschigen Verflechtung sehr, sehr hoch sind, ist es kein Wunder, wenn es möglicherweise auch bei uns einen Anstieg gibt. Gerade in der Region Passau konnte man das gut sehen: Dort hat es mit die höchsten Inzidenzwerte Europas gegeben. Es ist naiv zu glauben, dass das keine Auswirkungen hat.

(Zuruf)

Wir waren deswegen auch sehr froh darüber, dass Österreich konsequente Maßnahmen getroffen hat. Bayern ist gerne Grenzland, aber das erfordert auch eine besondere Sorgfaltspflicht. Österreich lockert jetzt wieder bei einer Inzidenzzahl von über 250. Es steht uns nicht an, das zu bewerten, aber ich kann sagen: Ich bin skeptisch, ob es die Situation entspannt, und eher voller Sorge.

Wir müssen das Risiko dämpfen, und wir werden deshalb – das ist Punkt sieben – den kleinen Grenzverkehr einschränken. Die sogenannte 24-Stunden-Regel wird gestri-

chen. Man kann nur noch testfrei einreisen, wenn man Pendler oder Familienangehöriger ersten oder zweiten Grades ist. Ansonsten muss man Quarantäne leisten. Die Verschärfung betrifft Einkauf, Freizeit und ähnliches.

Ich weiß, dass auch das nicht einfach ist, aber auch hier braucht es klare Regeln und eine stichprobenartige Kontrolle insbesondere durch Bundespolizei und Grenzpolizei.

Schließlich noch die Punkte acht und neun: Das sind eine einheitliche Software für die Gesundheitsämter und die Verpflichtung zum Einsatz der Bundeswehr, die die Kontaktverfolgung in den Gesundheitsämtern übrigens dort, wo sie bereits tätig ist, ganz hervorragend macht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ein herzliches Dankeschön dafür! Mir ist nicht verständlich, dass in Deutschland und anderswo darüber diskutiert wird, ob man das machen kann.

Es hilft auch – das ist Punkt zehn – mehr Homeoffice, vor allem beim Staat; dort können wir es regeln. In der ersten Welle hatten wir rund 50 % der Beschäftigten im Home-Office. In der zweiten Welle sind jetzt schon zwei Drittel der Beschäftigten der Ministerien im Home-Office. Unser Ziel ist, diesen Anteil noch deutlich zu erhöhen. Zusätzlich wollen wir die Präsenz der Mitarbeiter in den Behörden über die Weihnachtsfeiertage massiv verringern. Nur noch dort, wo es zwingend notwendig ist – bei Polizei, Gesundheitsämtern und Vergleichbarem –, soll die Präsenz aufrechterhalten werden. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind Maßnahmen, die getroffen werden.

Reicht das? Ist damit der Spuk vorbei? – Nun, es gibt keine Garantie dafür, aber je mehr wir tun, desto größer sind die Chancen. Wir haben bereits gesehen, dass die Maßnahmen wirken können, beispielsweise in Berchtesgaden und im Frühjahr allgemein. Auch in Passau ist eine deutliche Verbesserung zu beobachten.

Das wird aber wirklich kein Spaziergang – das muss jedem klar sein. Eine Entscheidung kann man schnell fällen, aber sie umzusetzen und sie mit den Menschen zu leben und durchzuhalten, ist viel schwieriger. Ich bin Optimist, und ich bin vor allem Realist. Als Realist kann ich nur eines feststellen: Alle, die immer sagen, wir bräuchten eine Langzeitperspektive, sind bislang auf der ganzen Welt gescheitert. Es ist einfach zu sagen: Wir planen auf Jahre durch. Überall, egal wo, hat dies nicht funktioniert; denn Corona macht keinen Kompromiss. Corona nutzt jeden Freiraum aus, den es hat. Es ist ein Virus. Es ist kein politischer Gegner oder etwas Ähnliches. Deswegen müssen wir handeln.

Ich kann nur noch einmal sagen: Die Lage ist sehr ernst. Lassen Sie mich noch ganz persönlich anmerken: Ich weiß auch, dass das, was wir ab morgen auf den Weg bringen, starke Einschränkungen sind. Manchem ist das viel zu viel; manchem übrigens zu wenig. Das Land ist sehr gestresst und zum Teil auch gespalten. Wir können uns aber bei den Entscheidungen, die wir treffen, nicht nur nach der derzeitigen Stimmungslage richten. Wir können nicht jeden Tag eine Umfrage machen – was könnte besser wirken, was weniger wirken? – und dann entscheiden, sondern wir müssen analysieren, einen Vorschlag erarbeiten und ihn dann umsetzen. Das nennt man Verantwortung, meine Damen und Herren.

Wir tun das alles nicht, weil wir das jetzt wollen oder gut finden, sondern weil wir glauben, es tun zu müssen. Keinem von uns fällt dies leicht. Ich möchte aber trotzdem bei aller Beschwer fragen: Geht es uns nicht viel besser als allen anderen, die da so betroffen sind? – Anderswo sind die Einschränkungen viel dramatischer, die Einschränkungen der Freiheitsrechte viel drastischer und auch länger. Anderswo gibt es nicht annähernd solche Entschädigungen für die Wirtschaft. Daher wäre manchmal meine Bitte: Sorgen darf man natürlich artikulieren, aber man sollte nicht immer nur jammern, klagen, schimpfen oder hetzen, sondern besser mitmachen. Dies hilft uns allen am besten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Warum ist denn auch die Akzeptanz geringer? – Nicht jede Maßnahme ist perfekt; dem einen kommt sie zu früh, dem anderen zu spät, dem einen ist dieser Bereich wichtiger, dem anderen ein anderer. – Das ist alles okay. In unserem Land grassiert aber doch noch ein anderes Virus neben Corona. Es frisst sich durchs Land und artikuliert sich vor allem über Verunsicherung, Hetze und Unwahrheit. Das untergräbt doch in Wahrheit die Akzeptanz der Bevölkerung so sehr, ob es das Impfen betrifft oder die Maske oder die Frage, ob Corona überhaupt gefährlich ist. Besonders schlimm und unethisch finde ich, wenn dies sogar einzelne Ärzte tun, wie zum Beispiel Dr. med. Hans-Ulrich Mayr, ein AfD-Stadtrat, in Altötting. Er hat einen Aushang gemacht – hören Sie zu; Sie kennen ihn sicher und können ihn auswendig vortragen. Das stand auch in der Zeitung: "Sehr geehrte Patienten, nachdem der Beweis erbracht wurde, dass es erstens keine Corona-Pandemie gibt und zweitens sogar der PCR-Test keine Aussagekraft über Infektion oder Krankheit hat, ist die Pandemie beendet.

Und wenn Sie weiter eine Maske tragen, sind Sie selber schuld. Aber bitte nicht in unserer Praxis."

Meine Damen und Herren, wer so etwas verbreitet, trägt an der derzeitigen Corona-Situation eine Mitschuld. Ich bin froh, dass jetzt von den zuständigen Stellen auch ein Verfahren eingeleitet wurde.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Also auch wenn der Gegenwind stärker wird: Wir als Staatsregierung stehen. Überzeugen ist schwierig. Dazu braucht es auch Rückgrat und Haltung. Das hat die Koalition. Ich möchte mich ausdrücklich bei meiner Fraktion und Thomas Kreuzer, aber auch bei Herrn Streibl von der Fraktion der FREIEN WÄHLER und ganz besonders bei Hubert Aiwanger bedanken. Natürlich fällt es uns nicht immer leicht, solche Entscheidungen zu treffen. Man darf sich das nicht so vorstellen, als ob das in drei, vier Minuten geht. Da wird schon intensiv diskutiert und auch abgewogen. Aber nur durch die

Abwägung und den Austausch der Argumente gerade in einer Koalition – vielleicht ist dies gerade eine Stärke in dieser Zeit – finden wir, wie ich meine, die richtige Balance und entscheiden partnerschaftlich gemeinsam auf Augenhöhe. So sind wir auch beide gemeinsam verantwortlich für die Hoffnung und für die Sorge. Das ist nicht einseitig verteilt. Regieren ist manchmal schön, in bestimmten Zeiten aber auch sehr schwierig.

Meine Damen und Herren, ich sage noch einmal: Wir nehmen uns die Sorgen mehr zu Herzen, als Sie glauben. An keinem von uns geht das spurlos vorbei. Aber egal, wie groß die Sorgen sind, wir versuchen, Abhilfe zu schaffen. Am Ende müssen wir aber auch Verantwortung übernehmen, Verantwortung schultern, dürfen nicht nur danebenstehen, sondern müssen auch vorangehen. Wir alle hier, jeder von uns, hat eine ganz exklusive Chance, an der Willensbildung in Bayern mitzuwirken und die Bevölkerung zu vertreten. Da kann man sich nicht wegducken und in die Büsche schlagen; da kann man nicht nur Einzelmeinungen vertreten. Wir alle sind, meine Damen und Herren, nicht nur dem Wohl unserer jeweiligen Partei verpflichtet, sondern auch dem Gemeinwohl in unserem Land. Ich bitte jeden, dies auch bei den Debatten und Entscheidungen an die erste Stelle zu setzen, also nicht nur zu fragen: Was nützt mir als Politiker in meiner Situation?, sondern zu fragen: Was nützt unseren 13 Millionen Bayern, was nützt dem Freistaat? – Das sind wir diesem Land schuldig, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ist jetzt alles trostlos? – Nein, natürlich nicht. Es gibt schließlich Lichtblicke, zum Beispiel die Impfung. Wir bereiten uns darauf akribisch vor. Ich weiß aber schon jetzt, dass dies auch keine leichte Sache wird, und zwar nicht nur, weil der Impfstoff nicht sofort für alle zur Verfügung steht. Ich bin ganz sicher, dass dies begleitet wird. Gestern habe ich dazu wieder einige Meinungen aus dem Netz vernommen; dort wird vieles hineininterpretiert. Es wird spannend werden, wie wir diese Diskussion bestehen. Wir müssen verhindern, dass aus der Verunsicherung mancher eine Impfmüdigkeit entsteht, die uns dann übrigens als Gesamtgesellschaft belasten könnte.

Ich muss aber auch sagen, dass ich gelesen habe, dass es noch nie in der jüngeren Geschichte in einer so komplexen Situation so schnell einen Impfstoff gab. Was Wissenschaft und Forschung und auch viele Unternehmen an Leistungen erbringen, jedenfalls nach den bisherigen Einschätzungen, finde ich sehr, sehr beeindruckend. Daher, meine Damen und Herren: Es gibt große Sorge; es gibt aber auch Hoffnung. Wir wissen schon, was wir tun. Darum gilt es jetzt besonders: Ruhe und Geduld bewahren, gute Nerven zeigen, besonnen und konsequent handeln und den Blick für das Wesentliche behalten. Das Wesentliche ist und bleibt das Gleiche und ist nicht so schwer: Kontakte reduzieren, Abstand halten und, wenn es geht, daheimbleiben.

Corona lässt nicht locker, wir aber auch nicht, egal, wer hier im Raum ist. Wir stemmen uns dagegen. – Ich bitte Sie auch ganz herzlich, noch einen Aspekt zu berücksichtigen: Zunehmend gibt es Menschen, die sagen, andere Gesellschaftsformen würden viel schneller und entschlossener reagieren; andere politische Systeme, die weniger als wir den pluralistisch-demokratischen Ansatz verfolgen, seien doch viel effektiver. Diese Debatte gibt es. Insofern ist das alles jetzt auch eine Bewährungsprobe nicht nur für die Medizin, sondern auch für die Demokratie. Wir müssen uns dieser Situation als angemessen und würdig erweisen und ernsthaft, aber auch mutig, entscheiden, meine Damen und Herren, und das tun, an das wir glauben.

Zum Schluss möchte ich mich bei den Bürgerinnen und Bürgern bedanken, die bislang so großartig mitgemacht haben. Wir reden sehr viel über diejenigen, die sich nicht richtig verhalten. Viele, viele verhalten sich aber großartig.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Man bekommt nicht nur böse Mails, sondern auch unzählige, die Hoffnung geben. Ich bekomme übrigens, angefangen von den Kleinsten, den Schülerinnen und Schülern – sie schreiben mir ganz wundervolle, liebevolle Briefe – bis hin zu vielen älteren Menschen Schreiben, die zum Ausdruck bringen: Danke, dass ihr das tut. – Wir sind mit diesem Gedanken also nicht allein. Umfragen zeigen auch, dass die Mehrheit der Be-

völkerung unseren Kurs mitträgt. Deswegen sage ich dafür Dankeschön und bitte, weiter so mitzuhelfen.

Zum Schluss spreche ich noch eine ganz besondere Bitte um Hilfe aus, die nicht jeder teilen muss. Für mich ganz persönlich ist sie aber in Krisenzeiten eine Hilfe; sie ist keine Floskel: Gott schütze Bayern weiterhin! – Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen herzlichen Dank, Herr Ministerpräsident. – Die Gesamtrededzeit der Fraktionen in der anschließenden Debatte ist auf 101 Minuten ausgelegt. Die zusätzliche Rededzeit von 7 Minuten, die jetzt entstanden ist, wird anteilmäßig auf die Fraktionen verteilt. Sie sehen das an der Anzeige. Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat der Kollege Hartmann von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Wir stehen jetzt hier nach ein paar Wochen an einem Punkt, den wir eigentlich alle verhindern wollten. Der sogenannte Wellenbrecher-Lockdown, den wir hier vor ein paar Tagen diskutiert haben, hat leider nicht die Wirkung erzielt, die er zeigen sollte. Wir müssen die Maßnahmen verlängern und leider nachschärfen.

Ich möchte nicht erst am Schluss meiner Rede, sondern gleich am Anfang den Menschen in ganz Bayern danken, die sich in den letzten Wochen zurückgenommen und die Kontaktbeschränkungen eingehalten haben; teilweise haben sie sogar mehr gemacht, als sie müssten, um dazu beizutragen, das Infektionsgeschehen abzubremsen. Dafür ein herzliches Dankeschön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ohne sie alle wäre es uns nicht gelungen, die Infektionszahlen zu bremsen. Wir müssen aber auch so ehrlich sein zu sagen: Wir haben es geschafft, die Zahlen abzu-

bremsen. Wir haben es aber nicht geschafft, die hohen Infektionszahlen nach unten zu drücken. Das müssen wir eingestehen. Deshalb muss nachjustiert werden.

Bayern ist und bleibt – Herr Ministerpräsident, Sie haben es selbst angesprochen – auf der Corona-Infektionskarte weiterhin ein tiefrotes Bundesland. Herr Ministerpräsident, der Grund hierfür ist nicht die Nähe zu Österreich. Wir haben tiefrote Gebiete in den Landkreisen Main-Spessart, Günzburg, Nürnberger Land und etlichen mehr; diese Landkreise sind von der Grenze zu Österreich weit weg. Es ist bitter, aber leider die Wahrheit, dass jetzt etwas getan werden muss, weil die Maßnahmen nicht ausgereicht haben.

Ich habe für die Menschen in diesem Land Verständnis. Das zermürbt, laugt aus, treibt einen um und nimmt auch dem einen oder anderen etwas die Hoffnung. Es ist frustrierend und enttäuschend, dass es uns nicht gelungen ist, die Zahlen deutlich zu senken. Ich möchte ganz konkret die Kultur- und Kreativschaffenden in diesem Land ansprechen. Sie befinden sich faktisch seit neun Monaten in einem Lockdown.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie haben jetzt zehn Punkte aufgezählt, mit deren Hilfe Sie meinen, die Zahlen noch einmal nach unten zu bekommen. Das ist ein Sammelsurium von vielen, teils richtigen und notwendigen, teils längst überfälligen, teils aber auch unnötigen Maßnahmen. Manche Maßnahmen klingen deutlich schärfer, als sie sind. Ich muss Ihnen ganz deutlich sagen: Ich kann zum Beispiel nicht ganz nachvollziehen, dass die nächtliche Ausgangssperre in Hotspots Entscheidendes beitragen soll.

Wir alle wissen: Die Kontakte sind, weil es kälter wird, bereits eingeschränkt. Wer im Winter draußen alleine unterwegs ist, trifft nicht mehr viele Leute. Österreich ist diesen Weg gegangen. Der Erfolg war in diesem Bereich nicht ganz so deutlich.

Die zehn Maßnahmen, die jetzt genannt wurden, zeigen, dass immer noch eine klare Strategie fehlt, wie wir mit der Herausforderung durch Corona umgehen sollen. Die Staatsregierung kämpft sich doch von Woche zu Woche durch diese gewaltige Her-

ausforderung. Auch neun Monate nach dem Ausbruch von Corona in Bayern fehlt immer noch eine konsequente und zielgerichtete Strategie, um das Infektionsgeschehen endlich beherrschbar zu halten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Ihr Zehn-Punkte-Plan ist aus der Not geboren; er folgt keiner Strategie. Das ist ein gewaltiges Problem. Damit Sie mich nicht falsch verstehen: Herr Kreuzer, arbeitet sich ja, wie er das gerne tut, in seinem Redebeitrag nachher sicher wieder an uns GRÜNEN ab. Wir wissen ganz genau, dass wir die Maßnahmen – –

(Beifall eines Abgeordneten)

– Ich finde es erstaunlich, dass Sie das toll finden. Unsere GRÜNEN-Fraktion hat viele konkrete Vorschläge dafür gemacht, wie wir die Corona-Pandemie gemeinsam besser meistern können. Das sollten Sie anerkennen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wissen, dass wir jetzt handeln müssen. Das ist unstrittig. Wir müssen die Zahlen jetzt herunterkriegen. Uns steht noch ein langer Winter bevor, und die aktuellen Zahlen sind deutlich zu hoch. Deshalb ist das Gebot der Stunde, Kontakte einfach zu reduzieren. Sie haben da unsere Unterstützung.

Herr Ministerpräsident, ich muss Ihnen leider insofern recht geben, als man zum jetzigen Zeitpunkt kaum anders handeln kann, als so, wie Sie es gerade angekündigt haben. Ich finde das, ehrlich gesagt, bitter. Durch die Versäumnisse der letzten Monate – ich meine damit die all Ihrer Ministerien und Minister – können wir heute nicht zielgerichtete Maßnahmen aufs Gleis setzen, um die Corona-Pandemie mit faireren Maßnahmen endlich besser bekämpfen zu können. Sie haben selbst angesprochen, dass uns weiterhin das nötige Wissen über das Infektionsgeschehen fehlt.

Wir machen hier im Hohen Haus immer wieder konkrete Vorschläge, wie wir die Corona-Pandemie besser managen und meistern können. Sie bevorzugen leider immer noch die Rasenmäher-Methode. Außerdem bevorzugten Sie – heute war Ihr Tonfall etwas leiser – in den letzten Wochen leider immer wieder die harte Rhetorik. Ich bin davon überzeugt, dass die Akzeptanz der Maßnahmen auch deshalb schwindet. Sie haben früh mit erhobenem Zeigefinger vor der zweiten Welle gewarnt. Das muss man zugestehen. Das ist richtig. Sie haben es aber leider komplett verschlafen, die Vorbereitungen zu treffen, um diese zweite Welle besser managen zu können.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich beobachte Sie seit mehreren Jahren und damit auch den Wandel, den Sie in den letzten Wochen und Monaten durchgemacht haben. Ich werde das Gefühl nicht los, dass es Ihnen im Sommer wichtiger war, als Allererster Überschriften wie "Söder warnt vor der zweiten Welle" zu produzieren, als sich auf diese Herausforderung wirklich vorzubereiten.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf)

– Das ist kein Unfug. Ich werde nachher vier weitere Maßnahmen erwähnen, durch die man sich hätte vorbereiten hätte können. Eine davon nenne ich ganz kurz vorweg, weil das Thema Wechselunterricht gerade angesprochen worden ist: Sie werden mir doch darin zustimmen, dass man hierfür ein gutes Konzept hätte vorbereiten können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kurz gesagt: Konsequent ist Ihre Corona-Politik bisher leider nicht. Konsequent ist nur die Inszenierung Ihrer Person. Die Politik Ihrer Regierung ist leider nicht konsequent. Das ist wirklich enttäuschend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die kurze Unruhe, die ich hier im Plenum wahrgenommen habe, war deutlich geringer als letzte Woche. Ich möchte schon einmal deutlich sagen: Wir alle wissen, dass man bei einer großen neuen Herausforderung viele Ideen und Lösungen braucht, um wei-

terzukommen. Es ist der falsche Weg, dass Ideen, die die Oppositionsfractionen in den letzten Wochen eingespeist haben, jedes Mal niedergedet werden.

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Wir GRÜNE sind da auch der falsche Adressat. Gerade unsere Fraktion macht immer konkrete Vorschlägen und möchte mitreden. Wir sind dazu bereit, bei Ihnen mitzuarbeiten, um die Pandemie endlich wirklich einzudämmen. Im Unterschied zu Ihnen kommt es uns aufs Ergebnis an, nicht rein auf die Überschrift, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, für uns GRÜNE und auch für mich gilt: In der Corona-Herausforderung kommen erst die Menschen, dann kommt das Land, dann kommt die Presse.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe: Oje!)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bin hier, glaube ich, nicht als eine Person bekannt, die bei einer neuen Herausforderung ganz zu Anfang und früh kritisiert. Ich bin jemand, der eine Sache lange anschaut. Wenn aber etwas über neun Monate hinweg nicht besser wird, dann muss das deutlich angesprochen werden. Lassen Sie mich das jetzt einmal an vier Punkten ganz deutlich machen.

Nehmen wir zum Beispiel die Gesundheitsämter. Die Mitarbeiterinnen dort sind zweifelsohne gewaltig gefordert; sie arbeiten am Limit. Gleichzeitig wissen wir aber bereits seit den ersten Corona-Fällen in Bayern, wie wichtig es ist, die Infektionsketten zu kennen und zu unterbrechen. Diese Erkenntnis ist nicht neu. Trotzdem wissen wir immer noch so wenig, weil wir in den Gesundheitsämtern immer noch zu wenig Personal haben. Die Infektionsketten wurden doch am Anfang mittels Bleistift, Papier und Faxgeräten nachverfolgt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, dass Sie sich jetzt am Nikolaustag hinstellen und die klare Ansage machen müssen, endlich auf digitale

Software setzen zu wollen, um die Nachverfolgung zu verbessern, zeigt doch, was dort über neun Monate hinweg verschlafen worden ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In einem zweiten Punkt komme ich ganz kurz zu den Schulen: Wir brauchen einen funktionierenden Wechselunterricht ab der achten Klasse. Auch darin sind wir uns einig. Wir haben für diesen Bereich diesen Vorschlag miteingebracht. Wir brauchen aber auch ein funktionierendes Konzept, sodass Kinder im Wechselunterricht nicht den Anschluss verlieren. Das muss erarbeitet werden. Das hätte man auch im Sommer tun können, als man gewusst hat, dass die zweite Welle kommt. Das wurde leider verschlafen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nehmen wir ein drittes Beispiel, um konkreter zu werden: die Senioren- und Pflegeheime. Viele tödliche Corona-Ausbrüche in den Senioren- und Pflegeheimen sind darauf zurückzuführen, dass die Schutzmaßnahmen am Anfang nicht richtig gegriffen haben oder auch verschlafen wurden. Es geht um Schutzmaßnahmen für die Bewohnerinnen und Bewohner und natürlich auch für das Personal und die Besucherinnen und Besucher – selbstverständlich. Es waren Ideen und relativ simple Maßnahmen, wie die Anschaffung und Verteilung von FFP2-Masken, was ja jetzt endlich geschieht. Aber Sie wussten es schon lange, auch die Kollegen von der SPD, von der FDP oder wir Grüne. Wir haben immer wieder eingefordert, dort mehr zu tun und früher anzufangen. Es ist gut, dass es jetzt kommt – aber leider verdammt spät, und das ist echt bitter.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Die engmaschigen Testreihen, die Sie angekündigt haben – schön, dass sie jetzt kommen! Interessant, dass man bis heute noch nicht einmal ganz genau weiß, wie es letztendlich wirklich funktionieren soll. Auch das hätte man vorbereiten können.

Das sind Maßnahmen, um sich auf einen Fall vorzubereiten. Sie haben vorher viel davon gesprochen, worin ich Ihnen recht gebe: Wir müssen die Herausforderungen von Corona annehmen und dürfen uns nicht wegducken. Leugnen – wie rechts außen – bringt überhaupt nichts; darin bin ich vollkommen bei Ihnen. Aber die Herausforderung annehmen gilt nicht nur im Hier und Jetzt, wenn es ganz konkret ansteht, sondern bedeutet auch sich mit dem Blick nach vorn richtig vorzubereiten, wenn etwas auf das Land zukommt. Das hätte man in den letzten Monaten tun müssen. Dabei wurde jedoch einiges verschlafen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme noch zu Punkt 4, der Teststrategie. Wir testen in Bayern – das ist, denke ich, unstrittig – mehr als jedes andere Bundesland. Es ist auch überhaupt nicht schlecht, dass wir dies tun. Aber wir erheben aus diesen vielen Tests kein richtiges Wissen. Warum erheben wir nicht, welche Berufsgruppen wann getestet worden sind, wie viele positiv oder negativ waren, um dann Cluster besser feststellen zu können? Wir testen gewaltig. Eine Anfrage an das Gesundheitsministerium von letzter Woche hat deutlich zur Kenntnis gebracht: Sie können nicht einmal sagen, wie viele Erzieherinnen und Erzieher getestet wurden und wie hoch dort die Positivquote ist. Aber genau dieses Wissen brauche ich doch, um eine Clusterstrategie in Zukunft besser vorbereiten zu können. Deshalb unser Appell: Arbeiten Sie endlich mit Medizinstatistiker*innen zusammen! Schaffen Sie die Datengrundlage, um in Zukunft zielgerichtete Maßnahmen aufs Gleis setzen zu können. Die Rasenmäher-Methode, die heute wieder ansteht, wäre dann nicht notwendig gewesen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Liste der Versäumnisse der Regierung ist leider lang, und, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wiederhole mich, aber ich fordere Sie nochmals auf, die Versäumnisse endlich anzugehen, damit wir die Pandemie zielgerichtet bekämpfen können. Ich fordere Sie auf, im Interesse der Menschen in Bayern, der Menschen, die sich um die

Gesundheit ihrer Angehörigen Sorgen machen, im Interesse der Menschen, die Angst um ihre Existenzgrundlage haben, im Interesse der Eltern, die sich Sorgen um das Wohlergehen ihrer Kinder machen: Das sind Punkte, die endlich angegangen werden müssen, auch, um die Akzeptanz der Maßnahmen zu steigern. Darin sind wir uns doch einig.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, was können wir jetzt tun? Ich habe gerade die Punkte aufgerufen, bei denen wir Versäumnisse sehen; aber wir sind als Fraktion immer dafür zu haben und stehen auch dazu, konkrete Maßnahmen vorzuschlagen, was wir jetzt besser machen können.

Wir müssen dringend Zeit gewinnen, damit das Gesundheitssystem wirklich in einem leistungsfähigen Zustand oder Korridor bleibt bzw. gehalten werden kann. Dies zeigt auch: Die Maßnahmen, die jetzt kommen und die Sie vorgelegt haben, sind notwendig. Wir sind aber davon überzeugt, dass die Maßnahmen allein so nicht ausreichen werden.

Was wir jetzt brauchen, ist eine Maßnahme, die wirksam, verhältnismäßig und fair ist, eine Maßnahme, die einen deutlichen Schritt nach unten bei den Infektionszahlen bringt. Für uns Grüne – das sage ich ganz offen, darin sind wir uns auch einig, mehr als im Frühjahr – ist unstrittig: Wir können die privaten Kontakte nicht weiter einschränken, dabei sind wir schon weit unten: Zwei Haushalte, fünf Personen – damit sind wir weit unten, wenn wir keine Vereinsamung der Menschen haben möchten. Darin sind wir uns einig. Vereinsamung ist auch eine Krankheit. Das heißt, in diesem Bereich haben wir die Schrauben hart angezogen, mehr geht dort eigentlich nicht. Das bedeutet auch, wir müssen uns andere Maßnahmen überlegen. Wir brauchen eine gesamtgesellschaftliche Kraftanstrengung – kurz und mit starker Wirkung, um die Zahlen nach unten zu bekommen. Alles andere hält uns in dieser Corona-Falle immer weiter fest, und das wollen wir alle nicht.

Unser konkreter Vorschlag sind Betriebsferien über die Feiertage. Die vielen Feiertage zum Jahreswechsel sind ein Geschenk des Kalenders, das wir nutzen sollten, ein Momentum, das wir zwischen dem 24. Dezember und dem 6. Januar haben. Kindergärten und Schulen sind ohnehin geschlossen, Kultur, Gaststätten und Freizeitangebote – alles ist bereits geschlossen. Was wir noch haben, sind Hunderttausende Arbeitsplatzkontakte; diese haben wir weiterhin. Wenn wir es schaffen, diese Kontakte durch eine geringe Zahl von Betriebsschließungen an den wenigen Werktagen in dieser Zeit zu reduzieren, dann schaffen wir einen ganzen Quarantänezeitraum in großem Maße. Das wird uns doch helfen, die Zahlen endlich herunterzubekommen, damit wir im Januar wieder etwas aufatmen können.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich weiß, das ist nicht leicht, und es ist auch nicht leicht, dies hier einzufordern; und ich weiß, dass es wirklich ein schwieriger Weg ist. Aber in der Politik ist es nun einmal häufig so, dass der richtige Weg auch der schwierigste sein kann. Ich bin davon überzeugt, dass dieses Zeitfenster, das uns zum Jahreswechsel geboten wird, wirklich das Beste ist, das wir in den nächsten Wochen haben werden. Es ist eine Zeit, in der übrigens ganz Deutschland Urlaub hat und die Schulen geschlossen sind. Das haben wir relativ selten in unserem Kalender. Sie kennen die Debatte über die Sommerferien usw. wahrscheinlich besser als ich. Das heißt: In den Ferien haben wir ein Zeitfenster. Lasst uns doch dieses Momentum ergreifen und sagen, das machen wir in dieser Zeit, damit wir danach niedrigere Zahlen haben. Davon bin ich fest überzeugt, wenn wir es gemeinsam umsetzen. Ich appelliere an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Unternehmen, die Betriebsräte, die Gewerbetreibenden und die Einzelhändler, diesen Weg jetzt zu gehen. Ich glaube, das ist eine gewaltige Chance, die wir ergreifen sollten.

Lasst uns nicht vergessen: Wir haben in den letzten Wochen und Monaten alle gemeinsam viel Steuergeld in die Hand genommen, um Unternehmen in den schweren Monaten unter die Arme zu greifen: Soforthilfen, Übergangsgelder, Überbrückungshil-

fen, Ausweitung der Kurzarbeiterregelung und vieles mehr – alles richtig und notwendig. Damit ist ein gewaltiger finanzieller Kraftakt der gesamten Gesellschaft geleistet worden. Lasst uns jetzt auch das Entgegenkommen – ich sage es so deutlich, weil ich glaube, die Zeit ist reif dafür – der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Unternehmen und Einzelhändler in diesem Land einfordern! Ich weiß, es ist nicht leicht; aber ich denke, jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, zu dem auch sie ihren Beitrag in einem kurzen Zeitfenster leisten sollten. Es sollte am besten jetzt schon angekündigt werden, damit man sich darauf einstellen kann – verlässlich und planbar –, um dann die Zahlen herunterzubekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich appelliere an die kleinen und großen Betriebe im produzierenden Gewerbe, im Einzelhandel: Überall dort, wo Homeoffice nicht funktioniert, müssen Betriebsferien die Antwort sein – in unserem gemeinsamen Interesse, auch beim Einzelhandel: Der Gutschein, den man zu Weihnachten bekommt, kann auch einige Wochen später eingelöst werden. Man kann sich auch überlegen, ob das Geschenk, das man bekommen hat und das einem nicht ganz so gefällt, auch einmal nicht umgetauscht wird – auch im Interesse des Einzelhandels. Es gibt viele Möglichkeiten, wo wir gemeinsam etwas leisten können.

Ich appelliere an die Betriebe, dies wirklich umzusetzen. Im Privaten reduzieren wir die Kontakte seit Wochen – ohne den nötigen Erfolg, den wir brauchen. Pflegekräfte, Ärzte und Ärztinnen in den Krankenhäusern arbeiten am Limit. Sie tun dies auch, um Betriebe und Einzelhandel offen zu halten, auch, um das Weihnachtsgeschäft im Einzelhandel zu ermöglichen. In meinen Augen ist ab Weihnachten genau die Zeit, dass all die Unternehmen, die in den letzten Monaten geringere Einschränkungen als andere hatten, jetzt ihren Beitrag leisten können. Ich weiß: Das, was ich hier vorschlage, verlangt den Betroffenen einiges ab.

(Zuruf)

Ich sehe schon die Juristinnen und Juristen, die mir heute noch E-Mails schreiben und genau aufzählen, warum das alles nicht so einfach möglich ist.

(Zuruf: Das kann ich Ihnen auch sagen!)

Es geht hier aber nicht allein um rechtliche Vorschriften; es geht auch darum, was gerecht ist.

(Zuruf)

Gerecht ist in meinen Augen, wenn wir alle unseren Beitrag leisten, um diese Herausforderung zu meistern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sehe schon die vielen E-Mails der Gewerbetreibenden, die wohl auch zu Recht schreiben: Wir hatten noch keinen Corona-Fall in unserem Unternehmen. – Ja, das mag sein. Genau die gleichen E-Mails haben wir von Gaststätten und Hotelbetreibern in den letzten Wochen ebenfalls bekommen. Sie alle werden die E-Mails aus Ihren Stimmkreisen kennen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwischen dem 24. Dezember und dem 6. Januar darf nicht mehr die Frage sein: die oder der?, sondern wir sollten gemeinsam sagen: Wir alle zusammen arbeiten daran, die Infektionskurve zu senken. Ich bin überzeugt, man kann unsere Gesellschaft in dieser schwierigen Zeit am besten dann zusammenhalten, wenn alle ihren Beitrag leisten. Betriebsferien wären genau die richtige Antwort. Liebe Unternehmerinnen und Unternehmer in unserem Land, ich bitte Sie: Bieten Sie diese Möglichkeit an. Die Antwort verhindert auch, dass die Pandemie immer weiter zu einer gesellschaftlichen Zerreißprobe in unserem Land wird. Ich zähle auf Sie im Interesse unseres Landes.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Redner hat der Kollege Thomas Kreuzer für die CSU-Fraktion das Wort.

Thomas Kreuzer (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine Pandemie in den Griff zu bekommen ist keine Sache der politischen Weltanschauung, sondern es ist eine Sache der Vernunft. Im Falle von Corona sagt uns die Vernunft: Wir müssen konsequent dafür sorgen, die Verbreitung dieses Virus zu unterbinden. – So handeln im Übrigen alle betroffenen Staaten dieser Erde.

Herr Kollege Hartmann, Sie sagen immer, wir hätten keine Strategie. Obwohl ich nicht glaube, dass es erfolgversprechend ist, versuche ich, es Ihnen noch einmal zu erklären. Die Verbreitung des Virus einzudämmen ist schwierig, und es gibt nur wenige Möglichkeiten. Zum einen gibt es die strikte Einhaltung der Hygienekonzepte: Abstand halten, desinfizieren, Maske tragen und Tests durchführen, gerade bei besonders gefährdeten Gruppen, wie Bewohnern in Altenheimen.

Wir wissen, dass diese Maßnahmen allein nicht ausreichen; denn wir haben sie berücksichtigt, und trotzdem sind die Zahlen insgesamt angestiegen. Deswegen muss zu dieser Strategie etwas dazukommen. Die erhöhte konsequente Kontaktvermeidung muss dazukommen. Wir brauchen eine Reduzierung der Kontakte, weil wir wissen, dass das Virus trotz der Schutzmaßnahmen übertragen werden kann, wenn die Kontakte insgesamt zunehmen. Die Forschungsinstitute haben uns in dieser zweiten Welle empfohlen, die Kontakte um 75 % zu reduzieren. Die Vertreter der Leopoldina haben heute bekannt gegeben, dass wir im Frühjahr eine Kontaktvermeidung, bzw. eine Kontaktreduzierung von 63 % gehabt haben und jetzt nur eine von 43 %. Wir haben dieses Ziel von 75 % Kontaktvermeidung massiv verfehlt. Das Ergebnis ist, dass wir das Ziel der deutlichen Reduktion der Infektionszahlen nicht erreichen konnten.

Herr Kollege Hartmann, Sie sagen, die Betriebe sollten zusammen mit den Arbeitnehmern mit gutem Beispiel vorangehen. Da stimme ich Ihnen zu. Wo es vom Produktionsablauf möglich ist, Betriebsferien zu machen, ist dies natürlich gut. Viele tun das. Ich will bei dieser Gelegenheit einmal sagen: Wir im Landtag schaffen nicht einmal gemeinsam, die Tagesordnung einer Sitzung zu reduzieren. Wir tagen hier bei dieser Infektionslage immer bis 23 Uhr und dann von 9 bis 18 Uhr, weil wir nicht gemeinsam in der Lage sind, auch nur minimal zu reduzieren. Wir gehen also nicht mit gutem Beispiel voran! Dass wir hier so lange tagen, trifft auch die Arbeitnehmer hier im Hause.

(Allgemeiner Beifall)

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich hinzufügen: Corona in den Griff zu bekommen, ist nicht die Aufgabe der Politik allein. Die Politik kann nur Maßnahmen beschließen. Alle müssen ihren Teil dazu beitragen und diese Maßnahmen umsetzen. Corona in den Griff zu bekommen, ist eine Gemeinschaftsaufgabe, ist eine Sache der Solidarität in der Familie, im Freundeskreis, in der Kommune, im Land, in Europa und der Weltgemeinschaft. Nur gemeinsam kann man das am Ende schaffen.

Der amerikanische Präsident John F. Kennedy hat bekanntlich einmal gesagt: Frage nicht, was dein Land für dich tun kann, sondern frage, was du für dein Land tun kannst. – Genau das ist die richtige Frage im Kampf gegen Corona. Damit wir das Virus in den Griff bekommen, muss jeder Einzelne und jede Einzelne mitsorgen, indem wir die Kontakte reduzieren, indem wir Abstand halten, indem wir ganz allgemein vorsichtig sind. Auch wenn es die Menschen nach neun Monaten der Pandemie mehr denn je viel Geduld und Kraft kostet, auch wenn viele unter den Einschränkungen zu leiden haben, steht jeder in dieser Verantwortung; jeder Bürger dieses Landes hat diese Verpflichtung. Jeder muss alles dafür tun, damit sich das Virus nicht weiter verbreiten kann. Jeder ist betroffen, und alle müssen Abstriche machen. Es geht nicht darum, ob jemand Lust hat, Rücksicht zu nehmen oder ob jemand unserer Corona-Politik folgen möchte oder nicht. Es geht schlicht und einfach um die Gebote der Vernunft und der gegenseitigen Rücksichtnahme, um die Bereitschaft, im persönlichen

Alltag auch für sich selbst etwas Grundlegendes zu verändern. Das ist die Bürgerpflicht, die John F. Kennedy bei seiner Rede im Sinn gehabt hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man sagt zu Recht: Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit. Sie alle kennen die Lage. Ganz Deutschland ist mittlerweile Risikogebiet. Auch Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, die beiden Länder mit den niedrigsten Infektionszahlen, überschritten am Sonntag den Schwellenwert. Die Kurve der Neuinfektionen geht bei Weitem nicht so nach unten, wie uns die maßgeblichen Virologen empfehlen und wie wir uns das alle wünschen.

Wir hatten im Sommer sehr günstige Zahlen auf niedrigem Niveau. In den meisten Gebieten sank die Zahl auf unter 50. Wir hatten Landkreise und Städte, in denen es wochenlang keine einzige Neuinfektion gegeben hat, beispielsweise in meiner Heimatstadt Kempten. Die Zahlen stiegen aber mit den Urlaubsrückkehrern deutlich an. Die Infiziertenzahlen verdoppelten sich im Oktober 2020 im Wochenrhythmus. Die Zahlen verdoppelten sich über mehrere Wochen hinweg von Montag auf Montag beziehungsweise von Dienstag auf Dienstag. Das ist eine ganz enorme Steigerung.

Es ist uns mit den bisher eingeleiteten Maßnahmen gelungen, diese Entwicklung zu stoppen. Wir können die Zahlen relativ stabil halten. Wenn man aber ganz genau hinschaut, sieht man immer noch eine leicht steigende Tendenz und keine Abflachung der Kurve. Ich möchte deshalb allen Dank sagen, die daran mitgewirkt haben. Das kommt in der Diskussion immer zu kurz. Die Kritiker sind zwar laut. Der überwiegende Teil der Menschen findet die Maßnahmen aber genau richtig und hält sich an sie. Es ist somit ein Erfolg dieser Menschen, dass wir die Verdoppelung der Infektionszahlen gestoppt haben.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das Infektionsgeschehen ist relativ stabil, aber wir dürfen uns nicht in die Tasche lügen. Die Infektionszahlen sind auf einem viel zu hohen Niveau stabil. Die Zahlen sind zu hoch. Sie allein mit Zuwartern eindämmen zu können, werden wir nicht schaf-

fen. Wachsam zu sein reicht allein nicht mehr aus. Wir haben das in den letzten Wochen gesehen. Nicht zu handeln, die Maßnahmen, wie wir sie jetzt haben, ewig aufrechtzuhalten, hätte fatale Wirkungen.

Zum Ersten stellen wir im medizinischen Bereich fest: Wenn die Zahlen noch Wochen und Monate weiter so hoch blieben, würden wir eine Überlastung des Gesundheitssystems erleben, da sich täglich immer noch viel zu viele Menschen infizieren. Wir wissen ja, dass viele Menschen wochenlang in den Kliniken sind. Viele sind fünf bis sechs Wochen auf ein Beatmungsgerät angewiesen. 50 % von denen, die beatmet werden, versterben letztlich. Auch das ist ein erschreckendes Ergebnis. Wer also sagt, wir müssten nur die Zahl der Beatmungsplätze erhöhen, dann sei die Situation im Griff, der verkennet, dass eine Beatmung nur zum Teil Erfolg hat.

Zum Zweiten. Wir müssen akzeptieren, dass wir in Bayern fast täglich eine dreistellige Zahl an Toten zu beklagen haben. Wir werden das aus moralischen Gründen nicht akzeptieren können, weil wir den Menschen in diesem Land verpflichtet sind.

Zum Dritten: Wenn wir auf diesem Niveau stabil bleiben wollen, müssen wir den Teillockdown bis in den Sommer hinein aufrechterhalten, zumindest bis April oder Mai; denn bei diesen hohen Zahlen kommen Lockerungen der jetzt bestehenden Maßnahmen überhaupt nicht in Betracht. Die natürliche Folge dieser Lockerungen wäre, dass die Zahlen insgesamt wieder stark ansteigen. Niemand will doch, dass wir monatelang kein Lokal und kein Hotel öffnen können und dass wir dauernd im öffentlichen Raum, auch auf der Straße, Masken tragen müssen. Wir müssen doch irgendwann einmal wieder Zahlen haben, die es uns erlauben, die eine oder andere Maßnahme zu lockern oder aufzuheben. Eine ganze Reihe von Virologen, aber auch von Wirtschaftsexperten sagt uns, dass ein strengerer Lockdown, der dann um so kürzer sein kann, stattdessen der richtige Weg ist.

Deshalb ist es dringend geboten, jetzt noch einmal an der einen oder anderen Stellenschraube zu drehen. Wir haben uns politisch entschieden, das Wirtschaftsleben mög-

lichst wenig lahmzulegen. Wir wollen Industriebetriebe nicht auf breiter Front schließen. Auch in den Schulen und Kindertagesstätten wollen wir, soweit es geht, eine bestmögliche Versorgung aufrechterhalten. Deswegen sind die Möglichkeiten, die wir ausschöpfen müssen, insgesamt begrenzt.

Für uns in Bayern steht fest: Wir müssen dafür sorgen, dass die Kliniken entlastet und die Patienten von dort wieder schneller verlegt werden können. Unter anderem deswegen, aber auch wegen anderer Maßnahmen war es richtig, den Katastrophenfall auszurufen.

Wir müssen die Kontakte weiter reduzieren, und dafür brauchen wir auch Ausgangsbeschränkungen, ein Instrument, Herr Hartmann, das im Übrigen auch in den Hotspots in Baden-Württemberg eingerichtet wird. Dazu ist es auch wichtig, einen Teil der Schüler im Wechselunterricht zu beschulen bzw. an den Berufsschulen in den Distanzunterricht zu schicken. Das betrifft rund 40 % der Schüler und sorgt natürlich für eine deutliche Entzerrung in den Klassenzimmern, aber auch in den öffentlichen Verkehrsmitteln und Schulbussen, was ich unbedingt für notwendig halte. Ich glaube nicht – das sage ich ganz klar –, dass das Infektionsgeschehen an den Schulen zu vernachlässigen ist. Die ersten Untersuchungen, die darauf hingedeutet haben, sind nach der ersten Welle nach den Osterferien erfolgt, als die Schüler teilweise bis zu fünf Wochen zu Hause gewesen sind. Zunächst waren sie im Lockdown und dann in den Osterferien zu Hause. Da hatten wir natürlich verhältnismäßig niedrige Zahlen. Wir müssen auch bei den Schulen aufpassen.

Wir müssen die Abstände konsequent einhalten. Das gilt im Kleinen für sogenannte Nikolauspartys genauso wie im Großen für Einkaufszentren. Es kann nicht sein, dass sich jeder seine eigenen Regeln zurechtlegt und irgendein Schlupfloch sucht, während sich die anderen zuverlässig an die Vorgaben halten. Jeder trägt Verantwortung. Wir müssen deshalb in diesem Jahr Weihnachten und insbesondere Silvester anders feiern als in anderen Jahren. Wir müssen die Mobilität und den Austausch an den Grenzen noch besser in den Blick nehmen. Wir hatten bei den Urlaubsrückkehrern nach

den Sommerferien 6.000 positive Tests. Wir sind dafür kritisiert worden. Allein bei den Grenzpendlern, die zur Arbeit hin- und herfahren, wurden auch jetzt wieder Hunderte Corona-Fälle aufgedeckt. Das belegt den Eintrag an Infektionen, der in den Grenzregionen stattfindet.

Wir müssen – dies ist näher ausgeführt worden – die Alten- und Pflegeheime, die Behinderteneinrichtungen und die Krankenhäuser noch besser schützen als bisher. Genauso richtig ist es, an Hotspots noch konsequenter vorzugehen, nämlich mit Ausgangssperren und Distanzunterricht an den Schulen. Herr Kollege Hartmann, Sie haben gefragt, was Ausgangssperren bringen. Sie führen zu mehr Kontrollen, sodass abends Partys im privaten Bereich nur noch schwerlich gefeiert werden können, denn man muss irgendwie dorthin kommen und irgendwie auch wieder wegkommen. Wenn ab 21 Uhr Ausgangssperren bestehen, deren Einhaltung kontrolliert wird, dann sind diese privaten Partys stark eingeschränkt. Deshalb sind Ausgangssperren richtig, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Kurz gesagt: Wir müssen die Infektionszahlen deutlich senken. Die Maßnahmen, die jetzt vorgeschlagen werden, sind dazu geeignet. Zum Großteil sind es Maßnahmen, die wir schon vom Frühjahr kennen. Nur Schulen und Kitas bleiben überwiegend und Geschäfte noch ganz geöffnet. Dies ist der richtige Weg. Ehrlicherweise sage ich aber auch: Ob dies ausreicht, wird sich in den nächsten Wochen zeigen. Die Chance ist aber gegeben. Das wissen wir aus anderen Ländern. Wir dürfen nicht verkennen, dass die Ratschläge der Leopoldina über das, was wir jetzt beschließen, zum Teil noch hinausgehen und wesentlich schärfer sind.

Ich danke unserem Ministerpräsidenten Markus Söder und dem Kabinett für die Konsequenz im Kampf gegen Corona und für dieses entschlossene, schnelle Handeln. Ich weiß, dass es für ihn nicht einfach ist. Er macht sich viele Gedanken und wird auch in

ungeheurem Ausmaß von allen Seiten angefeindet. Dies hindert ihn aber nicht, das Richtige entschlossen zu tun. Vielen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Es sind wichtige, aber auch sehr unangenehme, auch für mich sehr unangenehme Entscheidungen. Für einen Teil der Bevölkerung sind es auch unpopuläre Entscheidungen. Ich hätte mir in meinem Politikerleben nie vorstellen können, dass ich eines Tages Lokale, Hotels und Geschäfte schließen muss. Die Situation, in die wir geraten sind, war für mich unvorstellbar. Wir denken natürlich an die Betroffenen, und deswegen ist es auch richtig, dass wir die Schäden für die Betroffenen so gut wie möglich ausgleichen.

In den letzten Tagen habe ich aber auch zahllose positive Rückmeldungen bekommen. Viele Bürgerinnen und Bürger haben diese Einschnitte erwartet. Viele haben sie sogar dringend gefordert. Die Forderungen kamen gerade aus besonders betroffenen Bereichen. Ich habe in den letzten Tagen mit verschiedenen Wirten größerer Lokale oder auch Brauereigaststätten gesprochen. Sie alle haben gesagt: Ihr müsst stärker handeln; wenn ihr jetzt nicht stärker handelt, haben wir überhaupt keine Chance mehr, bis Mai irgendetwas aufzumachen. Deswegen erwarten wir von euch, dass ihr in der Weihnachtszeit konsequent handelt. Das ist unsere einzige Chance.

Das Lob kommt aber nicht nur von Menschen in Bayern, sondern auch von Menschen in ganz Deutschland bei uns an. Viele wünschen sich, dass in ihren Ländern auch so konsequent vorgegangen wird wie in Bayern. Wir sehen jetzt auch, dass andere Länder nachziehen, dass auch dort über neue Regeln diskutiert wird, die teilweise sogar noch schärfer sind. Wir hören, dass beispielsweise Sachsen alle Geschäfte schließen wird. Dies haben wir noch nicht beschlossen.

Wir wollen auch Vorreiter bei Therapien gegen Corona sein. Alle Augen sind derzeit auf die Impfung gerichtet. Das ist gut und richtig. Wir sehen aber auch, dass wir Medikamente brauchen, weil sich nicht alle freiwillig impfen lassen werden. Die Impfung

bietet keinen hundertprozentigen Schutz. Wir haben jetzt schon viele Patienten mit Corona-Langzeitfolgen zu beklagen. Es gibt Ansätze für medikamentöse Therapien, aber es gibt derzeit kein Corona-Medikament, das entsprechend wirksam wäre.

Deshalb ist es gut und richtig, dass wir die Forschung und Entwicklung in Bayern und parallel dazu im Bund angeschoben haben. Wir haben im Freistaat mehrere erfolgversprechende Ansätze. Wir werden die Entwicklung von Medikamenten und Therapien mit 50 Millionen Euro an staatlicher Förderung – das ist auch ein Vorschlag von Tobias Reiß – vorantreiben. Das kann aber nur ein Anstoß sein. Weitere Schritte müssen folgen. Der Bund ist hier aufgesprungen und will zunächst ebenfalls 50 Millionen Euro im Haushalt bereitstellen, wenn nötig, auch mehr.

Bayern hat mit seiner exzellent aufgestellten Biotechnologieforschung, mit seinen Spitzenuniversitäten und mit den Instituten der namhaften deutschen Forschungsorganisationen enorme Potenziale, um einen wichtigen Beitrag zur Corona-Therapie leisten zu können. Es ist unsere ethische und politische Verantwortung, diese Potenziale in der Pandemie bestmöglich zu nutzen. Ich bin guter Hoffnung, dass wir auch in der Therapie in absehbarer Zeit einen Durchbruch erzielen können, so wie es uns auch bei der Impfung gelungen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, egal welche Maßnahmen wir ergreifen, es wird immer Zweifler geben. Man kann kritisieren, hinterfragen oder meinen, es besser zu wissen. Dagegen habe ich nichts. Die Diskussion und der Austausch über den richtigen Weg gehören zu unserer Demokratie. Ich bin froh, dass wir darüber offen diskutieren können. Es ist in vielen Ländern der Welt, die heute von manchen Leuten als Vorbild in der Pandemiebekämpfung dargestellt werden, vollkommen unmöglich, auch nur eine einzige Maßnahme der Regierung zu kritisieren. Dies wollen wir nicht.

Es stimmt aber einfach nicht, dass andere, kritische Meinungen oder Stimmen unterdrückt werden. Dies wird immer behauptet. Leider gibt es eben viele, die selbst offenkundige Tatsachen leugnen, oder im Internet den größten Unsinn aufsammeln und

damit ihre Verschwörungstheorien basteln. Ich sage ganz klar in Richtung der AfD: Niemand kann erwarten, dass man mit solchen Ansichten ernst genommen wird. Das muss einmal klar gesagt werden. Wer so etwas tut, gefährdet die Gesundheit der Menschen!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich bin überzeugt, die Instrumente, die wir zum jetzigen Zeitpunkt ergriffen haben, erweisen sich am Ende dieser ganzen Diskussion als geeignet. Ich bin überzeugt, wir werden eine weitere Eindämmung der Corona-Pandemie erreichen. Ich hoffe, dass die Instrumente ausreichen und dass wir nicht noch einmal über zusätzliche Instrumente nachdenken müssen.

(Zuruf)

Im Moment haben wir keinen anderen Weg, von dem wir so sicher sein können, dass er wirkt. Es gibt aber begründete Hoffnung, dass diese Pandemie vorübergeht, vor allem, wenn es einmal eine breitflächige Impfung der Menschen insgesamt gibt.

(Zuruf)

Meine Damen und Herren, es ist deshalb unverantwortlich, die Leute von einer Impfung abzuhalten, indem man ihnen Angst macht.

(Anhaltender Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER –
Zuruf)

Man muss Angst vor Corona haben, aber keine Angst vor Impfung machen! Wer dies tut, sorgt dafür, dass kein großflächiger Schutz erreicht werden kann, dass wir keine entsprechenden Immunisierungsquoten bekommen und damit gerade besonders vulnerable Menschen, Alte, Kranke und Menschen mit Vorerkrankungen, gefährdet werden. Diese Hetze, die im Moment gegen die Impfung losbricht – und das ist erst der

Anfang –, ist unverantwortlich! An der Spitze ist dabei natürlich wieder die AfD, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir alle wollen natürlich wieder einmal ungehindert Freunde in größerer Zahl treffen. Wir alle wollen wieder in ein Restaurant gehen. Wir wollen in die Oper gehen, und wir wollen das ganz normale Leben wieder aufnehmen. Jetzt, da uns all dies fehlt, erkennen wir umso mehr den Wert der Gemeinschaft, der Nähe, den Wert von Kultur und Geselligkeit, den Wert eines Lebens der fast unbegrenzten Möglichkeiten, die wir bisher gehabt haben. Der medizinische Fortschritt gibt uns aber Hoffnung, dass dieses Leben Schritt für Schritt zurückkommt. Bis dahin müssen wir einen Umgang mit Corona finden.

Es gab eine gute Zeit vor Corona, und es wird eine gute Zeit nach Corona geben. Jetzt im Moment geht es aber darum, das Virus daran zu hindern, sich weiter auszubreiten. Dies werden wir nur schaffen, wenn wir alle zusammenhalten und dabei mit-helfen. Lassen Sie uns gemeinsam alles dafür tun, dass wir im Jahr 2021 das Virus überwinden können! Ähnlich wie der Ministerpräsident sage ich: Es wird nicht einfach. Gott schütze Bayern!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Mir liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. – Die erste Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Markus Plenk.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Kreuzer, Sie haben heute in Ihren Ausführungen erneut die Vermutung geäußert, dass das schlechte Abschneiden Bayerns in der Corona-Pandemie im Wesentlichen auf Reiserückkehrer und unsere europäischen Nachbarn zurückzuführen sein könnte. Hierzu meine konkrete Frage: Welche wissenschaftlichen Erkenntnisse liegen Ihnen vor, um Ihre Vermutungen zu untermauern? – Aus meiner Sicht suchen Sie im Endeffekt die Schuld bei anderen. Es könnte

genauso umgekehrt der Fall sein, dass beispielsweise die Österreicher sagen, die hohen Infektionszahlen ihres Landes könnten von deutschen Urlaubern verursacht worden sein.

Thomas Kreuzer (CSU): Wer dies genau beobachtet hat, kann diese Frage beantworten. Die Infektionszahlen der ersten Welle waren in ganz erheblichem Umfang durch die Skiurlauber, die nicht nur aus Österreich, sondern aus verschiedenen Ländern zurückkamen, ausgelöst.

(Unruhe)

Dies wissen wir heute. Bei der zweiten Welle hatten wir noch Ende August in Bayern einen Inzidenzwert von 50, der insgesamt auf eine Infiziertenzahl von bis zu 600 täglich gestiegen ist. Ein ganz erheblicher Teil der positiv Getesteten waren Reiserückkehrer von Urlaubsreisen und teilweise auch von Heimaturlauben. Dies steht fest.

(Unruhe)

Durch unsere Testungen an Flughäfen und Autobahnen haben wir in Bayern mehrere Tausend positiv auf Corona getestete Menschen identifiziert. Diese wären ansonsten alle ins Land eingereist, hätten nicht gewusst, dass sie krank sind, und hätten entsprechend noch mehr Menschen infiziert. Das steht fest. Die Zahlen sind klar und liegen auf der Hand.

Präsidentin Ilse Aigner: Die zweite Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Kreuzer, ich habe heute die aktuelle DE-HOGA-Umfrage bei 1.200 Gastronomen bekommen: 69 % haben nicht einmal einen Abschlag für November 2020 bekommen; 72 % sehen sich als gefährdet an. Das RKI hat in der 44. Kalenderwoche klipp und klar bekannt gegeben, dass die Infektionen in Wohnstätten, privaten Haushalten, Alten- und Pflegeheimen und am Arbeitsplatz ungefähr 7.700 von insgesamt 12.400 Infektionen ausmachen. Davon entfallen lediglich

circa 50 Infektionen auf das Gaststättengewerbe. Deshalb frage ich Sie: Wo werden an Weihnachten die AHA-Regeln besser eingehalten, und wo wird die Infektion besser bekämpft – zu Hause oder in der Gastronomie? – Die Antwort ist ganz klar.

(Beifall bei der AfD)

Thomas Kreuzer (CSU): Herr Bergmüller, man muss überall vorsichtig sein. Selbstverständlich spielen Infektionen zu Hause eine große Rolle. Aber Sie dürfen nicht verkennen, dass eben auch in der Gastronomie und in Kneipen natürlich Leute auf engstem Raum, teilweise zu zehnt an einem Tisch gesessen haben.

(Zurufe)

Das war im Sommer zulässig. Das große Problem ist, dass 75 % und mehr der Menschen nicht wissen, wo sie sich infiziert haben. Deswegen können Sie nicht sagen, dass nur ein kleiner Teil der Ansteckungen im Gaststättengewerbe stattgefunden habe. Die betroffene Person weiß nicht, wo sie sich angesteckt hat. Sie war im Speiselokal, beim Bäcker, an der Tankstelle, da und dort, und am Ende hat sie Corona. Wenn diese Person dann gefragt wird, wo sie sich infiziert habe, dann kann sie das nicht sagen.

Darum ist die Behauptung, Ansteckungen im Gaststättengewerbe machten nur sehr wenige Prozent der Infektionszahlen aus, blanker Unfug! – Herr Bergmüller, die Zahlen spiegeln nur diejenigen Personen wider, die es genau wissen. Eine Person, die in einem Lokal war und eine Woche später infiziert ist, weiß nicht, ob sie sich im Lokal, am Arbeitsplatz oder andernorts angesteckt hat. Bei einer Familienfeier, nach der alle Personen infiziert sind, ist der Ort der Ansteckung eindeutig. – Verstehen Sie? Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Kollege Kreuzer. – Das waren die Zwischenbemerkungen. – Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Professor Dr. Hahn für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Bayern! Eigentlich hatte ich mich schon gefreut, dass sich der Ministerpräsident in diesem Jahr zum letzten Mal ins Rampenlicht gedrängt hatte. – Herr Söder, brauchen Sie das Rampenlicht denn so sehr, dass Sie an einem Sonntag, und noch dazu dem zweiten Adventssonntag und obendrein dem Nikolaustag, doch noch einmal vor die Presse treten und den Bayern diesen besonderen Tag vermiesen müssen? Das ist wohl Ihre ganz eigene Art einer frohen Botschaft. Können wir nun auch am dritten und vierten Advent mit einer Söder'schen Erklärung rechnen? Zwei Lichter gehen bis dahin ja noch an; es gibt also noch zwei Gelegenheiten, dass auch bei Ihnen noch ein Licht aufgeht.

(Heiterkeit – Zuruf)

Aber machen wir uns keine Hoffnung! Ihr Team "Vorsicht" ist völlig abgehoben und ohne Bindung an die Sorgen und Nöte der Bürger, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Und überhaupt: Wenn Sie von einem "Team" sprechen, dann frage ich mich jedes Mal, wie das Herr Aiwanger und die FREIEN WÄHLER sehen. – Ja, man gehört auch zum "Team", wenn man eine ganze Saison auf der Ersatzbank sitzt; Hauptsache im Kader, oder, Herr Aiwanger?

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf)

Hauptsache im Kader, auch wenn man nichts mitzureden oder mitzuspielen hat.

Zurück zum Punkt: Unser Land wird gerade vor die Wand gefahren, meine Damen und Herren! Die Mitfahrer sind Denunziantentum und Spaltung. Das Land wird in einem Tempo niedergerissen, wie es in der Vergangenheit nur Kriege oder vielleicht die Pest schafften. Das Ganze hat eine historische Dimension. Kommende Generationen werden sich dann fragen: Hat er gewusst, was er tat? Wenn er gewusst hat, was er tat, warum hat er es trotzdem getan? Warum hat ihn niemand von Ihnen hier aufgehalten, meine Damen und Herren? – Die Historiker von morgen werden gewiss ganze Bücher zum "Ob, wieso, weshalb und warum" füllen können.

Wir dagegen müssen uns heute hier erst einmal mit den Fakten beschäftigen, und die wichtigsten davon sind Folgende:

Erstens, die Todesrate: Die WHO beziffert sie mit 0,23 %. Also handelt es sich keineswegs um ein Killervirus.

Zweitens, die Übersterblichkeit: Für die erste Welle können wir schon heute sagen, dass es keine Übersterblichkeit gegeben hat. Vermutlich wird es auch bei der zweiten Welle so sein.

Drittens, das Gesundheitssystem: Mehrfach konnte man in den letzten Jahren lesen, dass unser Gesundheitssystem überlastet sei, beispielsweise im Jahr 2015. Damals waren die Intensivbetten zu 80 % ausgelastet. 2018 waren es ebenfalls knapp 80 %. Und heute? – Exakt 80 %, meine Damen und Herren! Noch Fragen?

Viertens, Kollateralschäden: Meine Damen und Herren, das ist wohl der einzige Punkt, den wir noch nicht kennen. Dazu gehören die Panik und die Angst. Dazu gehören Zehntausende von abgesagten, lebenswichtigen Behandlungen und Operationen. Die Wirtschaft ist ruiniert. Arbeitsplätze sind vernichtet. Das ist Ihre Bilanz! Die Kultur ist zerstört. Nicht zuletzt gehören auch die zahlreichen Toten infolge des Lockdowns dazu, deren Zahl noch im Dunkeln liegt. Hinzu kommen dann noch die Folgen des anstehenden Impfens, zu dem Sie mal eben die ganze Bevölkerung als Versuchskaninchen heranziehen. Meine Damen und Herren, wer te Staatsregierung, die Bemessung

all dieser Schäden wird noch Jahre dauern. Aber schon heute zeigt sich deutlich: Alles wird staatlich vorbestimmt, und die Kosten übersteigen den Nutzen bei Weitem.

(Beifall bei der AfD)

Es bleibt die Frage: Kennen Sie diese Fakten, Herr Ministerpräsident? – All diese Einschnitte und Geschehnisse haben das Potenzial, eine neue Epoche zu prägen. Welcher Begriff wäre da passender als "die Zeit des Söder-Sozialismus", meine Damen und Herren? – Aber überlassen wir die Namensgebung unseren Nachkommen.

Wenn Herr Söder sich in dieser Landtagsdebatte lieber mit seinem Minister unterhält oder ab und zu auf sein Telefon schaut – das haben wir heute zu 80 % beobachtet –, dann frage ich mich ganz ehrlich: Wollen Sie den Landtag denn nicht einbeziehen? – Deswegen machen wir das Ganze doch. Oder ist das nur eine Scheinveranstaltung, die Sie vielleicht für eine Pressekonferenz nutzen? Oder ist es eine Debatte, die Sie gar nicht so interessiert? – Wenn Sie auf Ihrem Telefon herumspielen,

(Zuruf: Mein Gott!)

bestellen Sie möglicherweise die Weihnachtsgeschenke für die Bürger im Land. Das wäre ja mal etwas. Aber überraschen werden Sie sicher niemanden mehr in diesem Bayernland. Wir wissen nämlich, dass Sie uns die härtesten Freiheitseinschnitte seit über 70 Jahren bescheren und das traurigste Fest, das es in Bayern gegeben hat, seitdem es Ministerpräsidenten gibt.

(Zuruf)

Werte Staatsregierung, wir müssen etwas tun. Jedes Leben zählt, das ist klar. Am meisten sind aber doch die über 80-Jährigen gefährdet. Macht es wirklich Sinn, die Schulen herunterzufahren? Macht es wirklich Sinn, ganze Branchen wie die Gastronomie, Fitnessstudios, Hotels zu schließen – all jene, die mit viel Mühe und Geld Hygienesysteme etabliert haben und nachweislich keine Infektionstreiber waren?

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren und besonders Sie, Herr Söder, Sie sehen selbst, dass Ihre Maßnahmen völlig nutzlos waren. Die tatsächliche Gefahr sind doch heute wie seit vielen Jahren die überlasteten und schlecht bezahlten Klinik- und Pflegekräfte. Das zählt. Aber welcher Finanzminister hat eigentlich einst unser Gesundheitssystem kaputtgespart? – Ich meine, er hieß Markus Söder.

Außerdem versucht gerade dieser Markus Söder, das Gleiche mit unseren Hochschulen zu machen – übrigens gegen den Widerstand von mittlerweile 850 Professoren, Tendenz steigend. Um es mit den Worten Ihres Parteifreundes aus dem Münchener Stadtrat, Herrn Prof. Theiss, zu sagen: Wir brauchen "weniger Herrenchiemsee und mehr Ehrlichkeit", meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Ich bitte Sie, CSU und FREIE WÄHLER: Führen Sie sich nochmals diese vier Punkte vor Augen, also Todesrate, Übersterblichkeit, Gesundheitssystem und Kollateralschäden. Dann fragen Sie sich: Ist es das wirklich wert? Ist wirklich notwendig, was Sie hier veranstalten? – Wägen Sie genau ab. Jeder Einzelne von Ihnen wird daran in Zukunft gemessen werden. Aber wenn Sie sich von Volkes Stimme oder mir hier nicht ins Gewissen reden lassen, sondern künftig lieber jeden andersdenkenden Oppositionellen beobachten lassen werden, dann schließe ich mit dem Satz: O schöne neue Welt, die solche Politiker trägt!

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER erteile ich als Nächstem dem Kollegen Florian Streibl das Wort.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Hahn, ja, es ist notwendig. Die Politik und die Maßnahmen, die wir treffen, sind bitter notwendig. Gott sei Dank vertreten Sie hier

nicht Volkes Stimme, sondern nur die Stimme der Ewiggestrigen, die es leider nicht kapieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wenn man Ihre Rede gehört hat, fragt man sich, in welchem Paralleluniversum Sie eigentlich leben. Auf welchem Planeten sind Sie gelandet? – Die Erde, auf der eine Pandemie herrscht, kann es nicht sein. Es muss ein Ort sein, den wir alle, jedenfalls die meisten Menschen hier, nicht kennen. Es handelt sich hier nicht um ein Problem nur in Bayern und nicht um das Rampenlicht, das ein Ministerpräsident oder die Koalition sucht. Es handelt sich um ein Problem auf dem ganzen Planeten. Sie können doch nicht sagen, dass plötzlich ausnahmslos alle Regierungen dieses Planeten verrückt geworden sind und Maßnahmen ergreifen, die Ihrer Meinung nach nicht zielführend sind. Da müssen Sie sich doch mal fragen: Liegen hier alle, die auf diesem Planeten Verantwortung tragen, falsch? Geht es Ihnen vielleicht so wie dem Geisterfahrer, der plötzlich sagt: Warum kommt mir nicht einer, sondern warum kommen mir Hunderte entgegen? – Sie liegen doch falsch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Insofern ist Ihre Rede eigentlich nur infantil, eine Rede von jemandem, der sich vor der Wahrheit, vor der Wirklichkeit drückt, die Augen fest zumacht und meint, dass es dann plötzlich anders ist und besser wird. – Es wird aber nicht besser, wenn wir die Augen zumachen. Wir müssen vielmehr der Realität in die Augen schauen und wir müssen handeln. Das ist verantwortungsvolle Politik, wie wir sie hier in Bayern machen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Gerade die Finanzpolitik ist eine verantwortungsvolle Politik. Wenn wir nämlich vorher nicht sparsam gewesen wären, dann hätten wir jetzt nicht die Millionen und Milliarden Euro, um das Defizit auszugleichen. Wir hätten nicht das Geld, um der Gastronomie

zu helfen, der Hotellerie zu helfen, der Wirtschaft zu helfen. Deshalb ein Dankeschön für die gute Finanzpolitik, die wir hier im Freistaat Bayern haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, das letzte Mal als ich hier stand, habe ich gesagt: Wir müssen ein lernendes System sein. Wir müssen die Maßnahmen immer wieder anpassen, überdenken und auf die jeweilige Situation abstellen. Ich habe selbst nicht gedacht, dass ich so schnell wieder hier stehen und die nächsten Maßnahmen besprechen würde. Die Maßnahmen machen aber Sinn, und sie sind notwendig. Die Krankenhäuser laufen nämlich Gefahr, überlastet zu werden. Diese Überlastung wollen wir verhindern. Jeder soll die Möglichkeit der bestmöglichen Behandlung, der bestmöglichen Medizin, der bestmöglichen Versorgung haben. Das müssen wir für die Menschen hier im Freistaat sicherstellen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben gewusst, dass der Winter 2020/2021 die Nagelprobe, die härteste Zeit wird, wie die Virologen und Spezialisten sagen: Jetzt ist Winter, und jetzt haben wir den kritischen Zeitpunkt erreicht. Deshalb macht es Sinn, jetzt noch einmal nachzuschärfen. Eines kann ich Ihnen versichern: Die Regierungskoalition hat es sich nicht einfach gemacht. Wir haben die letzten Tage und Wochen, vor allem aber die letzten Tage, hart und härtest gerungen. Es gab viele Videoschalten, Telefongespräche und Treffen, bei denen wir emotional und fachlich und mit allen Mitteln um einen gemeinsamen Weg gerungen haben. Wir haben auch in unserer Fraktion um den gemeinsamen Weg gerungen. Natürlich gibt es die unterschiedlichsten Vorstellungen und Meinungen. Das Wichtige ist dabei aber doch, dass wir einen gemeinsamen Weg finden, von dem wir meinen, dass er der beste Weg ist, um uns aus dieser Krise zu führen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein herzliches Dankeschön geht an alle, die über die letzten Tage mitgerungen haben, so hart und schwierig das auch war. Wir haben diesen Weg gefunden, deshalb stehen wir auch zu diesem Weg. Die Ausrufung des Katastrophenfalls macht Sinn, weil sie eine Vereinfachung für die Verwaltung und auch für die Finanzen ist. Das ist das Wichtige, das ist auch der Sinn des K-Falls. Wir sollen nicht in den Panikmodus verfallen, sondern die Ausrufung des K-Falls soll genau diesen Panikmodus verhindern, meine Damen und Herren. Die Maßnahmen, die wir getroffen haben und die wir heute mittragen, sollen eine Verbesserung bringen. Es soll eine Qualitätsverbesserung im Bestehen gegen die Pandemie geben. So wollen wir die Pflegeheime besser schützen, die einer der Hotspots in den Hotspots sind. Wir wollen die vulnerablen Gruppen besser schützen. Es ist doch unser Ziel, die Menschen vor Krankheit und Tod zu bewahren.

Wir müssen ferner schauen, dass mehr FFP2-Masken getragen werden. Gerade den vulnerablen Gruppen muss der Zugang erleichtert werden, damit sie diese Masken bekommen. Gerade in den Pflegeheimen, in den Krankenhäusern, aber auch im ÖPNV, also dort, wo wir uns alle bewegen, müssen diese Masken benutzt werden, weil sie das Ansteckungsrisiko enorm verringern. Und hier haben wir jetzt ein Qualitätsprodukt "made in Bavaria". Dank Hubert Aiwanger gibt es jetzt FFP2-Masken aus bayerischer Produktion. Meine Damen und Herren, das ist doch etwas! Wir können unsere eigene Bevölkerung mit eigenen Masken versorgen. Danke schön!

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein weiterer Punkt, bei dem wir hart gerungen haben, sind die Schulen. Hier gehen die Sichtweisen natürlich auseinander. Man kann es sich einfach machen, man kann aber auch ein passgenaues Konzept einsetzen, nämlich Hybridunterricht. Die Kleinen, die unteren Klassen, sollen den Unterricht genießen können, während dort, wo es gefährlicher wird, eigene, individuelle Wege gegangen werden. Die Schulfamilie ist sehr vielfältig, hat ein vielfältiges Gesicht. Man kann die Schule nicht über einen Kamm scheeren, sondern man muss passgenau an die unterschiedlichen Situationen herangehen. Hier möchte ich unserem Kultusminister danken, der hier mit so viel Umsicht und Vor-

sicht, aber auch mit Zuversicht an die Sache herangegangen ist. Wir haben nun diesen Weg gefunden. Er ist natürlich ein Kompromiss, aber diesen Weg können wir gehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Warum machen wir das alles? – Weil wir die Hoffnung, die Zuversicht haben, dass es dann im neuen Jahr besser weitergehen kann. Hoffentlich werden die Zahlen im Januar besser. Vielleicht können wir dann wieder lockern und beispielsweise die Gastronomie wieder öffnen. Dafür nehmen wir jetzt solche Anstrengungen in dieser dunklen Zeit auf uns, damit wir den Hoffnungsschimmer am Horizont sehen, auf den wir zusteuern und auf den wir hinarbeiten. Das ist doch jede Anstrengung wert. Wenn ich aber die Augen zumache, dann habe ich keinen Hoffnungsschimmer mehr, dann sehe ich gar nichts mehr, meine Damen und Herren! Wir müssen die Augen aufmachen, mutig vorangehen und sagen: Dieses Ziel wollen wir erreichen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn wir dieses Ziel erreichen wollen, dann müssen nicht nur wir hier Beschlüsse fassen, sondern, meine Damen und Herren, dann müssen alle im Land mitmachen. Jeder einzelne von uns, jeder einzelne von Ihnen muss sagen: Ja, ich halte mich an diese Regeln, und ich halte sie ein, denn auch ich will im neuen Jahr wieder zu meinem normalen Leben zurück. Auch ich will wieder einmal ins Konzert oder zum Essen gehen. Deswegen reißen wir uns jetzt zusammen. Deshalb machen wir jetzt diese Anstrengungen. Deshalb mein eindringlicher Appell an alle, an jeden Mann, an jede Frau, an jedes Kind im Land: Reißen wir uns zusammen! Dann schaffen wir das, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Andernfalls können wir nämlich so viele Verordnungen schreiben und machen, was wir wollen, wir können uns so viele Wege ausdenken, wie wir wollen, wir können

darum ringen und kämpfen, wie wir wollen: Wer sich nicht an die Regeln hält, wer sagt: Mich interessiert das nicht, mich trifft das nicht, wird dieses Virus nie Herr werden. Meine Damen und Herren, Papier ist nämlich geduldig, aber der Virus ist es nicht. Der Virus ist ungeduldig, und dieser Ungeduld müssen wir Einhaltung gebieten. Dafür ist jeder einzelne gefordert. Deshalb: Bitte schön machen Sie mit!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Deshalb müssen wir vorangehen und überlegen, wie wir die jetzigen Einschränkungen in Zukunft wieder lockern können. Von so her sollten wir auch Stufenkonzepte, Strategiekonzepte für die Zeit danach entwickeln. Wie schaut es mit dem Impfen aus? – Da wird schon ein Impfkonzep entwickelt. Wir müssen aber auch überlegen, was wir öffnen können, wenn so und so viele Menschen geimpft sind. Wie können wir dann wieder Lockerungen zulassen? – Ich glaube, auch mit dem Therapie- und Strategie-Konzept der Landtagsfraktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN, das wir in der letzten Woche vorgelegt haben, sind wir auf einem guten Weg. Wir haben gesagt: Es braucht auch Therapeutika, es braucht auch Medikamente, um die, die an Corona erkrankt sind, zielgerichtet therapieren und behandeln zu können. Das brauchen wir gerade auch für die, bei denen es noch unabsehbare Langzeitfolgen gibt. Auch sie müssen wir im Blick haben. Wir müssen das Virus nicht nur aktuell bekämpfen, sondern auch langfristig. Dazu ist dieses Therapie- und Strategie-Konzept absolut wichtig. – Danke, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir wollen weitere Einschränkungen und weitere Maßnahmen natürlich verhindern. Deswegen der eindringliche Appell: Halten wir uns an die Regeln! – Herr Hartmann, Sie sagen: Betriebsferien für alle. Was machen wir dann mit denen, die aus den Betriebsferien, aus dem Urlaub wieder an Ihren Arbeitsplatz zurückkommen? Betriebsferien allein sind nicht das Heilmittel, sondern wir brauchen ein Bündel an Maßnahmen.

Wir müssen auch sehen: Die Wirtschaft und der Handel sind nicht die Ursache des Problems, sondern wir müssen versuchen, sie als Lösung des Problems zu verstehen und die Möglichkeiten, die wir hier haben mitzunehmen und miteinzubauen, wie Lüft-erkonzepte, FFP2-Masken.

Allen, die sagen oder meinen, dass die Demokratie unter Corona leidet, gerade heute wieder, sage ich: Wir hatten heute die siebte Regierungserklärung in einem Dreivierteljahr zu diesem Thema – das gab es hier im Haus noch nie. So viele Regierungserklärungen, so viel Debatte, so viele Anträge und so viel Diskussion zu einem Thema in einem Dreivierteljahr! Wenn das nicht Demokratie ist, was soll es dann sonst sein? Hier im Plenarsaal, dem Ort der freien Rede in jeder Republik, werden die Argumente ausgetauscht. Zwar hören wir manche absurde Argumente, aber das leiden zu müssen, ist unser Schicksal als Abgeordnete.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Der Herr Ministerpräsident hat vorher gesagt: Es gibt in der Pandemie auch einen Kampf der Systeme. – Ich bin zuversichtlich, dass unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, das pluralistische, demokratische System, in dieser Pandemie bestehen kann. Denn gerade die Vielfalt der Meinungen und das Ringen um die richtigen Entscheidungen ist vielleicht anstrengend, aber ich glaube, es ist der richtige Weg. Es ist besser als in anderen Systemen, die vielleicht in manchen Dingen einfacher oder schneller sind. Aber sie sind unmenschlicher. Uns geht es auch um das Menschliche. Wir müssen die Menschen mitnehmen und die Menschen verstehen, weil wir Menschen sind, die selber leiden und die Politik mitaushalten und mittragen müssen. Daher denke ich, dass die Demokratie hier ihre Stärke zeigen und unter Beweis stellen kann. Das tun wir hier mittlerweile jede Woche.

Meine Damen und Herren, zum Schluss geht ein Dank an alle, die diesen Kampf, dieses Ringen mit dem Virus mitaufnehmen, ein Dank an jeden im Land, ein Dank an die Eltern, Großeltern und Kinder, die diese ganzen Einschränkungen mittragen und damit

mithelfen, den Kampf gegen das Virus zu gewinnen. Denn hier ist jeder Einzelne gefordert, nicht nur Politiker, bei denen ich mich auch bedanke für das herzhaftes Ringen um diese Lösungen. Aber gerade den Menschen draußen sage ich Dank dafür, dass sie hier mitmachen.

Meine Damen und Herren, stehen wir zusammen, halten wir zusammen; zeigen wir der Welt, was Gemeinwohl, Gemeinsinn und Solidarität sind. Gerade zur Weihnachtszeit sind Solidarität und Zuversicht auf einen Neuanfang im nächsten Jahr das Richtige. – Meine Damen und Herren: Gott schütze Sie!

(Anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Es liegen drei Anmeldungen für Zwischenbemerkungen vor. Die erste ist von Prof. Hahn.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Streibl, Ihr Wirtschaftsminister und Parteivorsitzender Aiwanger ist eigentlich angetreten, um die Wirtschaft aufzubauen oder zumindest am Laufen zu halten. Jetzt haben wir den schlimmsten Ruin der letzten 70 Jahre, eine ganz verheerende, schlimme Bilanz. Wir haben auch gehört, dass Sie sich von Herrn Söder mit einwickeln haben lassen, den neuen harten Lockdown bis zum 10. Januar mitzutragen, wohl in der Hoffnung, dass dann wieder alles besser wird und die Wirtschaft wieder in voller Fahrt dampfen kann. Was passiert denn, wenn Ihre Hoffnung nicht in Erfüllung geht? Was passiert dann? Bekennen Sie dann endlich mal wieder ein eigenes Profil, eine eigene Meinung, oder lassen Sie sich dann endgültig von Herrn Söder als Meinungsdominator wie Wasserträger regieren?

(Unruhe)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Streibl, Sie haben das Wort.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Herr Hahn, man sieht, dass Sie von Politik wenig Ahnung haben,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Heiterkeit)

sonst hätten Sie diese Frage nicht gestellt. – Ich habe Ihnen hier an diesem Ort schon einmal gesagt,

(Zuruf)

dass Sie und Ihre Partei ein gerütteltes Maß Mitverantwortung an der jetzigen Situation haben. Das kann man vielleicht auch mit Zahlen belegen: Gerade dort, wo die AfD besonders stark ist, ist auch die Pandemie besonders stark.

(Zuruf)

Zum Beispiel hatte die AfD in der Sächsischen Schweiz bei der letzten Bundestagswahl 35,5 %.

(Zuruf)

Der Inzidenzwert dort liegt bei 470,3, im Gegensatz zum Beispiel zu Münster: Dort hatte die AfD nur 4,9 %, und der Wert liegt bei 49,5. Ein Schelm, der Böses denkt, wenn man da einen Zusammenhang herstellt.

(Zurufe)

Aber vielleicht liegt es auch an Ihrer Politik, dass diese Pandemie nicht besser wird. Vielleicht sind gerade Sie die Pandemietreiber, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf)

Sie sollten aufhören, mir Fragen zu stellen.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege!

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Denn Sie bekommen die Antworten, die Sie nicht hören wollen!

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, Sie haben noch eine zweite Möglichkeit zu antworten: Jetzt ist als nächster Fragesteller der Kollege Fischbach an der Reihe.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Kollege Streibl, Sie haben in Ihrer Rede die Hoffnung geäußert, dass vielleicht im Januar wieder aufgemacht werden kann. Das treibt viele Menschen um, gerade die Gaststätten, den Kulturbereich und eventuell bald den Einzelhandel. Woran würden Sie eine Wiederöffnung denn festmachen? Gibt es da eine Zielsetzung? Ich habe vom Ministerpräsidenten mal den Inzidenzwert 50 gehört. Der ist als Ziel sehr weit weg. Wie sehen das denn die FREIEN WÄHLER? Sind Sie da auch bereit, den Menschen entgegen zu kommen? Geben Sie den Menschen auch eine Perspektive?

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Streibl.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Die Perspektive haben wir hier eigentlich gegeben, indem wir sagen: Das ist das Ziel, auf das wir zusteuern. Es hängt natürlich von den Zahlen ab, aber nicht nur von den Inzidenzwerten, sondern auch davon, wie es in den Krankenhäusern aussieht. Diese Zahlen müssen wir auch sehen. Wie ich gesagt habe: Es hängt von jedem Einzelnen ab, ob wir dieses Ziel überhaupt erreichen können. Deswegen brauchen wir diese Kraftanstrengungen, weil das Ziel sonst nur ein Ziel bleibt. Daher gilt: Wenn alle mitmachen, können wir es schaffen und können wir es erreichen. Deshalb mein dahingehender Appell.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Die letzte Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Deisenhofer.

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Lieber Kollege Streibl, ich stimme vielen Dingen zu, die Sie gesagt haben, insbesondere Ihren Ausführungen nach ganz rechts. Zwei Nachfragen zum Schulbereich hätte ich aber: Wir haben letzten Donnerstag im Bildungsausschuss auch über den Wechselunterricht diskutiert. FREIE WÄHLER und

CSU haben den damals noch abgelehnt. Woher kam denn da so schnell der Sinneswandel?

Eine zweite Nachfrage: Warum können jetzt bereits geplante Schulaufgaben zum Beispiel auch morgen nicht geschrieben werden, auch wenn der Mindestabstand eingehalten werden könnte?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Kollege, wenn Sie allen meinen Ausführungen zugestimmt hätten, dann hätte ich gesagt, da stimmt etwas hier im Haus nicht mehr so ganz. Aber es ist klar: Wir haben – ich habe es vorher schon gesagt – ein "lernendes System". Was heute nicht passt, kann morgen passen. Es kann auch umgekehrt sein. Man muss immer um die Dinge ringen.

(Zuruf)

Natürlich werden Diskussionen innerhalb der Koalition und innerhalb der Fraktionen geführt und müssen immer wieder aneinander angepasst werden. Genau das ist doch Demokratie, dass wir unsere Meinung immer wieder entwickeln und immer wieder nachschärfen. Daher sehe ich da kein Problem. Die Entscheidungen sind jetzt so getroffen. Da kann es eben sein, dass morgen in manchen Schulen keine Schulaufgaben geschrieben werden können, in anderen dafür schon.

(Zuruf)

Wir haben hier einen Kompromiss geschlossen, den wir auch anwenden. Es ist ein guter Kompromiss. Alles andere wäre vielleicht viel schlimmer.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Horst Arnold für die SPD-Fraktion.

Horst Arnold (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Als Sie am Nikolaustag den Entwurf vorstellten, über den heute diskutiert wird, kündigten Sie an, heute den Segen des Landtags dafür einholen zu wollen. Ich sage Ihnen hier und heute und unmissverständlich aus parlamentarischer Sicht: Dieses Segens bedürfen Sie rechtlich nicht. Sie, Ihre Fraktion und die FREIEN WÄHLER haben in der Vergangenheit immer wieder Gesetzentwürfe vorgelegt, welche tatsächlich eine echte Zustimmungsbefugnis zu Ihren Verordnungen vorgesehen hätten. Deswegen, aber nicht nur deswegen, Herr Ministerpräsident, erteilt Ihnen die SPD-Landtagsfraktion den Segen hierzu nicht.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man die Maßnahmen genau anschaut, erkennt man: Sie hätten diesen Segen auch nicht verdient. Ich sage Ihnen hier auch klipp und klar, warum: Mit diesem Segen würden all Ihre Versäumnisse der vergangenen Monate mit einem Schwapp unter den Teppich gekehrt. Seit Monaten schaffen Sie durch Ankündigungen Erwartungen, die Sie nicht erfüllen können; Sie liefern häufig nicht. Bayern hat nach wie vor die bedeutendsten und schwerwiegendsten Zahlen, erhebliche Probleme bei der Digitalisierung der Gesundheitsämter, der Schulen und nicht zuletzt im ganzen Land.

Ich sage Ihnen gleich, was wir wollen. Wir wissen auch, dass es immer schwierig ist, politische Vorgaben praktisch umzusetzen. Wer wie Sie seit acht Monaten relativ breitbeinig Strategie um Strategie verkündet, worauf dann aber wenig bis gar nichts geschieht, wer wie Sie die Verantwortung auf Ministerinnenkolleginnen oder Ministerkollegen und auf die Kommunen delegiert, den Bund mahnt und sich dann gerne an dessen Errungenschaften bedient, diese Leistungen nimmt und sich diese Leistungen gelegentlich als eigene Federn an den Hut steckt, der mag zwar tatentschlossen und kernig ankündigen können, wie dies ein Manager tut, aber ein Manager ist er deswegen noch lange nicht. Die Staatsregierung beschließt, und die anderen sollen es einfach nachvollziehen bzw. umsetzen.

Bis heute, sehr geehrter Herr Söder, ist kein schlüssiges Konzept zur Umsetzung der Testungen vorhanden. Bis heute kann keine Besserung der Situation der Künstler vermeldet werden, angemahnt von der SPD am 25. März dieses Jahres, von Ihnen angekündigt am 20. April und nach einem Fehlstart tatsächlich erst in der letzten Woche wieder in Gang gebracht. So kann man das nicht absegnen, und deswegen sage ich Ihnen: So ist der Segen nicht erreichbar.

(Beifall bei der SPD)

In der Schule, egal welchem Schulzweig, herrschen – gelinde gesagt – Verwirrung, Verunsicherung und Irritation. Ihre Ankündigungen heute vernehmen wir wohl. Jawohl, Sie wollen etwas verbessern. Aber ich habe es im Ohr und im Bewusstsein, dass ich das schon häufig gehört habe. Tatsächlich liegt eine Petition auf dem Tisch, in der Elternbeiräte, Schülerinnen und Schüler einfordern, endlich auch ein Konzept im Rahmen des Lehrplans zu erstellen, damit der Digitalunterricht überhaupt praktisch durchführbar ist. Wie lange weiß man schon, dass möglicherweise ein Homeschooling stattfindet, und wie lange hat man nichts getan, um konkrete Handreichungen zu geben? Das ist Fakt. Deswegen kriegen Sie diesen Segen nicht.

Mit so einer Geschichte mit Anspruch und Wirklichkeit – jetzt bleiben wir bei dem Bild – hat nach der Beichte nur derjenige den Segen verdient, der Buße tut.

Ja, wir wollen Gesundheitsschutz; ja, wir müssen die Pandemie bekämpfen; ja, die Zahlen sind sehr besorgniserregend; und leider: Ja, das Gesundheitssystem ist mehr als angespannt; es muss gesichert und gestärkt werden. Ja, wir wissen, die körperliche Gesundheit ist das eine wichtige Element, aber auch die psychische und die soziale Gesundheit sind extrem wichtig. Einsamkeit und Isolation machen krank, können sehr krank machen.

Aus unserer Sicht ist auch klar: Sämtliche Menschen in Bayern, ohne Ansehen der Herkunft und des Alters, aber gerade auch die Vulnerablen und die Jungen in der Gesellschaft haben einen besonderen Anspruch auf Fürsorge. Diese Zielvorgaben muss

ein Gemeinwesen bei der Pandemiebekämpfung in den Mittelpunkt seines Handelns stellen.

In einer Demokratie, in einem Rechtsstaat gibt es aber eine noch wichtigere Angelegenheit, nämlich die grundgesetzlichen Rechte zu beachten. Grundrechte wie Persönlichkeitsfreiheit, Gesundheit, Freizügigkeit, Berufswahlfreiheit, Religionsausübung und Versammlungsfreiheit müssen bei jeder Maßnahme beachtet werden. Das ist auch der grundlegende Unterschied zu totalitären Systemen, zu Diktaturen, in denen es gnadenlos und rücksichtslos nur um die Durchsetzung von Macht und Interessen geht. In der Demokratie müssen staatliche Eingriffe danach ausgerichtet sein, so wenig wie nötig einzuschränken, aber so viel wie möglich an Grundrechten zu wahren. Das ist das Verhältnismäßigkeitsprinzip. Es ist der Hauptschlüssel zur Demokratie, ein Kreativraum des Machbaren und des Möglichen. Bei richtiger, nachvollziehbarer Nutzung dieses Schlüssels haben die Menschen das Gefühl und die Gewissheit, in einem freiheitlichen staatlichen System zu sein, wohl aufgehoben, und darin mitwirken zu können.

Wir wissen, dass die Leidensbereitschaft, die Akzeptanz und das Engagement groß sind, wenn die Einsicht in die Plausibilität dieser Eingriffe vorhanden ist. Der Staat, der Gesetzgeber und die Verwaltung sind gut beraten, dabei weitgehend transparent vorzugehen, und dann ist schon viel für einen Konsens in der Gesellschaft getan.

Eine Maßnahme ist dann verhältnismäßig, wenn sie geeignet, notwendig und erforderlich ist, um das Ziel unter Wahrung der Grundrechte zu erreichen. Das heißt auch: Der Hinweis auf steigende Infektionszahlen, auf hohe Zahlen alleine kann das nicht erfüllen. Es stört uns, dass immer dieser Automatismus in Gang gesetzt wird: Wir müssen Zahlen bekämpfen und dann durch die Maßnahmen den Druck erhöhen. – Nein, genau so kann es nicht sein. Verhältnismäßigkeit heißt: Je genauer, je präziser der Eingriff, je geeigneter er ist, desto größer sind die Wirkungen und desto größer ist die Akzeptanz. Deswegen heißt das in diesem Zusammenhang: Wenn wir schon eine Maßnahme für erforderlich halten, dann muss immer geprüft werden, ob es nicht noch

mildere Mittel gibt, die einen weniger tiefen Eingriff verursachen. Das heißt – um das auch deutlich zu sagen –: Es geht uns nicht um Lockerungen, sondern um ein verfassungsmäßiges Prinzip der Anwendung von Verhältnismäßigkeit. Der Spannungsbogen zwischen Eingriff und Maßnahme ist stets zu überprüfen.

In der Zwischenzeit hat sich viel getan. Die medizinische Kompetenz hat in der Pandemie zugenommen. Es gibt Impfstoffe. Aber auch gesellschaftliche und soziale Erfahrungen sind gemacht worden. Folgerichtig haben wir entschieden – das tragen wir mit –, dass die Schulen, die Kitas und die Bildungseinrichtungen bis zum Ende geöffnet bleiben. Folgerichtig tragen wir die Sorge mit, dass die Besuchsmöglichkeiten in Altenheimen, in Pflegeheimen und auch bei Behinderten in diesem Zusammenhang gewährleistet werden.

Unstrittig ist aber auch schon immer, dass die Frage der Nachverfolgung zu regeln war. Testung und Gesundheitsschutz – wären alle diese Parameter richtig behandelt und bedient worden, müssten wir uns heute nicht so ausführlich über diese Maßnahmen unterhalten. Dass die Ausstattung der staatlichen Gesundheitsämter eine Schlüsselrolle einnimmt, war und ist klar. Die Probleme, die Lösungen, die Mittel und die Wege waren bekannt. "Gesundheitsstrategie" nennen Sie das bis zum heutigen Tag.

Klar ist aber auch: Die Gesundheitsämter sind in den Vorjahren gnadenlos zusammengespарт worden. Dagegen haben sich die Gemeinden, die Landkreise und die Städte gewandt. Amtsleiter und Amtsleiterinnen, die meist Ärztinnen und Ärzte sind, werden nach Besoldungsgruppe A 14 entlohnt. Die Personalgewinnung ist schwierig, nicht erst jetzt, sondern schon seit Langem. Sie wussten das. Sie haben am Nikolaus-tag verkündet, die Gesundheitsämter würden angewiesen, eine einheitliche Software zu verwenden. Das ist mehr als grotesk und, wäre es nicht so ernst, wäre es geradezu ein Witz.

Ich zitiere aus Ihrer Pressekonferenz vom 21. April 2020: "Für die Kontaktpersonennachverfolgung und die Quarantäneüberwachung wird den bayerischen Gesundheits-

ämtern zudem eine Softwarelösung zur Verfügung gestellt werden". Vor einem halben Jahr! Wir haben festgestellt, dass die September-Testung mehr oder weniger in die Hose gegangen ist. Damals war schon klar, dass dieses System digital nicht richtig aufgestellt ist. Wie kann es im Digitalland Bayern mit einem Digitalisierungsministerium sein, dass die Menschen die Ergebnisse händisch eintragen müssen, und dann bei Fehlern zunächst geschaut wird, ob die Fehler nicht bei den Ehrenamtlichen zu suchen sind? – Das ist nicht nur kleinteilig, sondern das ist schofel. Das ist ein Mangel im System, der bis heute nicht behoben ist.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben im Übrigen im Oktober gesagt, die Corona-Pandemie könne nur mit einem optimal ausgestatteten öffentlichen Gesundheitsdienst bewältigt werden. Offensichtlich ist das bis heute nicht der Fall, da Sie heute diese Anweisung erteilen müssen. Wir haben heute Früh mit Frau Landrätin Röhrl gesprochen und festgestellt, dass sie schon froh ist, wenn die Daten in Excel-Tabellen eingegeben werden können. Dafür ein großer Dank an die Verantwortlichen vor Ort, an diejenigen, die sich hier aufarbeiten. Sie sind nicht die Ursache dafür, dass die Zahlen so in die Höhe gehen. Vielen Dank auch an die Freiwilligen, und vielen Dank an diejenigen, die sich abmühen, die Regeln einzuhalten!

Wir glauben, dass die Verhältnismäßigkeit eine große Rolle spielt. Wichtig ist, diese Verordnung immer wieder daraufhin zu untersuchen. Aus unserer Sicht ist es ein Mangel, dass Sie die Kontaktbeschränkungen ausschließlich nach der Anzahl der Haushalte und der Köpfe festlegen. Die Ehe bzw. die Familie steht unter dem besonderen Schutz des Staates. In Bayern gibt es auch Familien, die mehr als fünf Köpfe in einem Haushalt haben, auch Kinder unter 14 Jahren. Diese Familien werden in Ihrer Verordnung überhaupt nicht erwähnt. Wir bitten Sie, gemäß der Verfassung entsprechende Ausnahmen zu machen.

Wir glauben, dass die Kontaktbeschränkungen, die schon jetzt bestehen, richtig sind. Mit einem triftigen Grund kann man sich bewegen. Warum soll jetzt ausgerechnet die Gruppe derjenigen, die sich ohnehin schon konform verhalten, mit einer Ausgangssperre überzogen werden? Die Betroffenen schaffen es doch immer wieder, Lücken zu finden. Deshalb halten wir diese Regelung für unverhältnismäßig.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Kontext müssten wir noch über viele Themen sprechen. Wir müssten auch etwas für Künstler und Kreativschaffende tun. Wir müssen aber auch sagen: Bei Ihrer Politik geht es häufig nur darum, den Augenblick volatil aufzufangen, ein Statement abzugeben, eine Schlagzeile zu produzieren und kurzfristig die Illusion zu erzeugen, dass Sie eine Lösung hätten. Im Regelfall müssen die Suppe aber immer die anderen auslöffeln. Wir bitten Sie, dies mit uns zusammen künftig anders zu gestalten. Die SPD-Landtagsfraktion hat von Beginn an zielführende Anträge für Arbeit, Soziales und Wirtschaft eingebracht, die sich nach einigen Monaten bei Ihnen wiedergefunden haben.

Ob wir die Maßnahmen mittragen oder nicht, wir könnten uns gegebenenfalls sogar noch härtere Beschränkungen vorstellen. Sie müssen aber verhältnismäßig sein. Die Menschen müssen mitgenommen werden und den Eindruck haben, dass ihnen Perspektiven aufgezeigt wurden. Wir wollen einen Plan A, einen Plan B und einen Plan C. Nach acht Monaten Pandemie fahren wir nicht mehr im Nebel, es ist allenfalls eine Fahrt im Smog. Die Anspannung ist klar. Die SPD-Fraktion wird Ihre Arbeit mit Anträgen weiterhin begleiten. Aber den Segen bekommen Sie nicht. Wir werden dafür sorgen, dass die Verhältnismäßigkeit und die Solidarität immer einen Namen haben, den Namen der SPD-Landtagsfraktion.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Fraktionsvorsitzender Arnold. – Als Nächsten darf ich den Fraktionsvorsitzenden der FDP, Herrn Martin Hagen, aufrufen. Herr Abgeordneter Hagen, Sie haben das Wort.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Manchmal wünscht man sich, man läge mit seinen Prognosen falsch. Ich hätte mich gern geirrt, als ich Ende Oktober an dieser Stelle die Maßnahmen des Lockdown light als ungeeignet bezeichnet habe. Ich hätte mich gern geirrt, als ich Ende November gesagt habe, mehr von demselben sei keine erfolgversprechende Strategie. Leider hat es sich aber genau so bewahrheitet.

Die Staatsregierung selbst schreibt in ihrer Pressemitteilung vom Sonntag:

Die von der Staatsregierung für Bayern bislang ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie haben noch nicht zu einem spürbaren landesweiten Rückgang der Infektionszahlen geführt. Vielmehr kommt es weiter zu starken, diffusen Infektionsgeschehen mit zahlreichen regionalen Hotspots.

Meine Damen und Herren, eines finde ich persönlich besonders bitter. Die Staatsregierung schreibt: "Die Zahl der täglichen Corona-Todesfälle in Bayern hat ein erschreckendes Ausmaß angenommen, wobei vor allem die ältere Bevölkerung betroffen ist."

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, es gibt in Ihrem neuen Corona-Paket einige Maßnahmen, die überflüssig sind, zum Beispiel die Ausgangsbeschränkungen. Es gibt aber auch Maßnahmen, die überfällig sind. Dazu zählt ohne jeden Zweifel der bessere Schutz für Alten- und Pflegeheime. Er ist überfällig.

(Beifall bei der FDP)

Ein besserer Schutz dieser Einrichtungen durch Schnelltests und FFP2-Masken als Zugangsvoraussetzung für Besucher: Was haben wir uns in den vergangenen Wochen und Monaten den Mund fusselig geredet und Anträge zu diesem Thema gestellt.

Schon im Sommer hat meine Fraktion das mit Blick auf eine zweite Welle gefordert. Endlich tut sich etwas. Besser spät als nie.

Wir hätten noch weitere Vorschläge, wie wir die Risikogruppe besser schützen könnten. Dadurch könnten wir auch weitere Todesopfer vermeiden. Herr Ministerpräsident, für diese Maßnahmen, das kann ich Ihnen für die FDP-Fraktion versichern, haben Sie unsere Unterstützung.

Sie haben auch unsere Unterstützung im Hinblick auf den Wechsel- und Distanzunterricht ab der 8. Jahrgangsstufe. Auch das hat meine Fraktion beantragt, als wir am 30. Oktober an dieser Stelle diskutiert haben. Auch diese Maßnahme ist überfällig. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass es auch wirklich gelingt, einen qualitativ hochwertigen digitalen Unterricht sicherzustellen.

(Beifall bei der FDP)

Hier wird es Zeit, dass der Kultusminister endlich in die Gänge kommt. Apropos in die Gänge kommen: Sie haben jetzt beschlossen, dass die Gesundheitsämter, Zitat, "umgehend bayernweit einheitlich ein digitales Programm zum Pandemie-Management und zur Kontaktnachverfolgung verwenden sollen". Halleluja! Es geschehen noch Zeichen und Wunder. Das Programm steht seit März bereit. Meine Fraktion hat hier schon im Sommer Tempo gefordert. Auch bei diesem Thema können Sie sich auf unsere Unterstützung verlassen. Zeit ist es geworden!

(Beifall bei der FDP)

Das Gleiche gilt für das Home Office für Staatsbedienstete. Das ist eine sinnvolle Maßnahme. Meine Kollegin Julika Sandt hat dazu bereits im März eine entsprechende Anfrage gestellt. In Ihrem Maßnahmenpaket fehlen aber leider wieder die Massentests in bayerischen Hotspots mit Antigen-Schnelltests. Ich kann nicht verstehen, warum Sie sich so beharrlich gegen dieses Instrument sträuben. Wir haben aber in der Vergan-

genheit gesehen: Steter Tropfen höhlt den Stein. Auch an diesem Thema wird die FDP dranbleiben.

Ich habe es eingangs gesagt: Neben den überfälligen Maßnahmen gibt es auch überflüssige, beispielsweise die Ausgangsbeschränkungen. Sie sind ein zahnloser Tiger; denn de facto ändert sich dadurch so gut wie nichts. Schließlich ist fast jeder denkbare Grund, sein Haus zu verlassen, in irgendeiner Weise ein triftiger Grund. Die rechtlichen Auseinandersetzungen über Tatbestände wie dem "Lesend auf einer Parkbank sitzen" sind vorprogrammiert, wie wir das im Frühjahr erlebt haben. Als Liberalem widerstrebt es mir ganz grundsätzlich, wenn sich Bürger gegenüber Ordnungshütern rechtfertigen müssen, wenn sie ihre Wohnung verlassen. Das ist nicht meine Vorstellung vom Verhältnis zwischen Bürger und Staat.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, das gilt vor allem für die harten Ausgangssperren, die Sie für Landkreise und kreisfreie Städte mit einem Inzidenzwert über 200 vorgesehen haben. Warum dort ein Winterspaziergang nach 21:00 Uhr nur dann erlaubt sein soll, wenn man einen Hund bei sich führt, erschließt sich mir einfach nicht. Unbescholtene Bürger unter Hausarrest zu stellen, das lehnen die Freien Demokraten ab.

(Beifall bei der FDP)

Kritisch sehen wir auch die Einreise-Quarantäneverordnung für den sogenannten kleinen Grenzverkehr. Meine Damen und Herren, wir leben in einem geeinten Europa. Für das Infektionsgeschehen macht es keinen Unterschied, ob jemand von Sachsen aus die bayerische Grenze überquert oder von Tirol aus.

Herr Ministerpräsident, an das Spiel, dass Sie vor jeder Ministerpräsidentenkonferenz regelmäßig ein bundeseinheitliches Vorgehen anmahnen, um dann wenige Tage später doch wieder den bayerischen Sonderweg zu beschreiten, haben wir uns alle, glaube ich, inzwischen gewöhnt. Ich sage Ihnen ehrlich: Es wäre mir auch recht, hätte die-

ser Sonderweg bisher zu besonders guten Ergebnissen geführt. Aber Bayern gehört in dieser Pandemie leider durchgehend zu den Schlusslichtern. Ihre Bilanz und Ihre Inszenierung als "Corona-Macher" passen einfach nicht zusammen, Herr Ministerpräsident. Dass Sie am heutigen Tag, an dem sich der Landtag mit Ihren neuen Beschlüssen befasst – Beschlüsse, die übrigens bis zum 5. Januar gelten sollen –, schon wieder neue Verschärfungen für Ende Dezember ins Spiel bringen – sorry, das hat mit verlässlichem Regierungshandeln nichts zu tun und zeigt nur: Ihnen fehlt nach wie vor die langfristige Strategie.

(Beifall bei der FDP)

Die Krönung ist, was wir vor wenigen Minuten auf "www.bild.de" lesen durften, Herr Ministerpräsident, dass – anders als hier soeben von Ihnen erklärt – Sie es nicht von der Zustimmung der anderen Ministerpräsidenten und einem einheitlichen Vorgehen auf Bundesebene abhängig machen, sondern de facto schon entschieden haben, dass Sie die Läden des Einzelhandels schließen wollen. Bei einem solchen Vorgehen fühle ich mich als Parlamentarier verschaukelt, und ich habe den Eindruck, Ihren Koalitionären, den FREIEN WÄHLERN, geht es ebenso.

(Beifall bei der FDP)

"Söder macht in der Corona-Krise vor allem Alarm." So kommentiert heute das "Handelsblatt". Angesichts der Regeländerungen im Wochentakt blieben "die Bürger immer öfter verwirrt und ratlos zurück", ließen das "oftmals nur noch stoisch über sich ergehen". Als Vorbild taugt Bayern derzeit nicht. Ähnlich kritisch hat sich vorgestern Ihr Parteifreund, der Medizinprofessor und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Münchner Stadtrats-CSU Hans Theiss, geäußert. "Im Kampf gegen Corona brauchen wir weniger Herrenchiemsee und mehr Ehrlichkeit bzw. politische Treffsicherheit", schreibt er in einem offenen Brief und listet die Versäumnisse der Regierung minutiös auf. Ob Pflegeheime, Intensivbetten oder Gesundheitsämter – der Staat hat seine Hausaufgaben einfach nicht erledigt.

(Beifall bei der FDP)

"Wir müssen in der Corona-Politik besser, differenzierter und einfallsreicher werden", schreibt Herr Theiss. Ich sage: Recht hat er. Hören Sie ihn an, anstatt ihn arrogant abzukanzeln, wie Ihr Generalsekretär das in der "Bild"-Zeitung getan hat.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, schon im Januar soll der erste Corona-Impfstoff in der EU zugelassen werden. Das ist eine gute Nachricht. Das ist ein Silberstreif am Horizont. Dies wird uns hoffentlich ermöglichen, nach und nach die besonders gefährdeten Berufs- und Bevölkerungsgruppen und später auch breite Bevölkerungsschichten zu immunisieren. Wir wollen die Infektionszahlen aber schon vorher senken und damit baldmöglichst wieder Lockerungen im Hotel-, Gastronomie-, Sport- und Kulturbereich ermöglichen. Ich glaube, dass die vor uns liegenden Weihnachtsferien eine Chance dafür bieten. Die Schulen sind ab übernächster Woche für gut drei Wochen geschlossen. Wenn wir es schaffen, dass zugleich die Unternehmen, wo immer es möglich ist, zwischen Weihnachten und Neujahr in Betriebsferien gehen, idealerweise vielleicht sogar zwischen Weihnachten und Heiligdreikönig – ich habe gestern mit dem Geschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft telefoniert, wie viele Firmen dazu bereit sind –, wenn wir es schaffen, dass die Bürgerinnen und Bürger in diesen zwei Wochen möglichst wenig mit Bussen und Bahnen unterwegs sind – und falls doch, dann bitte mit FFP2-Masken –, wenn wir es schaffen, dass in diesen Weihnachtsferien unnötige Kontakte vermieden werden, dann könnte dies die Wirkung eines "natürlichen Lockdowns" entfalten, der das Infektionsgeschehen bremsen und dabei ohne weitere staatliche Zwangsmaßnahmen auskommen kann.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, da unser Ministerpräsident die Rolle des strengen Landesvaters übernommen hat, der fortwährend mahnt, droht und straft, sollten wir als Bayerischer Landtag es als unsere Aufgabe begreifen, den Menschen in unserem

Land Mut zu machen sowie an ihre Vernunft, ihr Verantwortungsgefühl und ihren Gemeinsinn zu appellieren. Wir können das schaffen. Wir werden das schaffen. Bitte machen Sie mit.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Es folgt eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Reiß.

Tobias Reiß (CSU): Herr Kollege Hagen, Sie haben zu Beginn Ihrer Ausführungen den Wunsch geäußert, dass Sie mit Ihren Prognosen gerne falsch lägen. Offensichtlich tun Sie das auch. Sie waren am 18.11. in der "Münchner Runde" und haben dort, als Herr Kollege Klaus Holetschek vor einer Überlastung der Krankenhäuser gewarnt hat, geäußert, er soll die Situation doch nicht schwarzmalen, dass jetzt die Intensivbetten volllaufen würden. Wir wären weit entfernt von einer Überlastung. Keine Panik solle geschürt werden. Wir bräuchten keinen Aktionismus. Sie haben das Ganze mit einem "Ich kenne die Zahlen" doch relativ arrogant – weil Sie gerade Herrn Markus Blume Arroganz vorwerfen – zurückgewiesen und belächelt. Heute stellen Sie sich nun hierher und sagen, die Maßnahmen wären nicht ausreichend gewesen. Sie schreiben in Ihrem Antrag, die Belastung des Gesundheitssystems würde durch die Zahl der im Krankenhaus befindlichen Patienten widerspiegelt. Wäre es nicht an der Zeit, dass Sie sich für Ihre eigene damalige Fehleinschätzung und Ihre Ignoranz entschuldigen, bevor Sie der Staatsregierung hier Versäumnisse vorwerfen?

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter Hagen, bitte.

Martin Hagen (FDP): Herr Kollege Reiß, ich bin Ihnen für Ihre Frage dankbar; denn anders als in der "Münchner Runde" habe ich hier vielleicht die Gelegenheit, auszusprechen, wenn der Staatssekretär nicht ständig dazwischen plärrt. Wissen Sie, die Kenntnis der Zahlen ist keine Arroganz. Sie ist, finde ich, die Voraussetzung für eine

evidenzbasierte Politik. Der BR hat nach der Sendung einen Faktencheck vorgenommen, bei dem herauskam, dass die Zahlen, die ich genannt habe, korrekt sind.

(Zurufe)

Das ist nachzulesen auf der Seite des Bayerischen Rundfunks. Ich habe wörtlich gesagt, Herr Reiß: "Die Lage ist ernst, aber wir sollten keine Panik schüren." Wer das anders sieht, der möge dies hier bitte begründen.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Weitere Zwischenbemerkungen sehe ich nicht. Dann darf ich den fraktionslosen Abgeordneten Raimund Swoboda aufrufen. Für seinen Beitrag hat er vier Minuten Zeit.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitbürger! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Söder, während ich Ihre Regierungserklärung heute aufmerksam verfolgt habe, habe ich den Eindruck gewonnen, Sie haben sich ein wenig verfahren. Der Volksmund sagt: Wenn man sich verfahren hat, soll man wieder zu den Grundlagen zurückkehren. Ich will versuchen, Ihnen das einmal auf andere Art und Weise vor Augen zu halten. Der Pandemie-Fehlalarm wird von Ihnen, Herr Dr. Söder, mit der Ausrufung des Katastrophenfalls erneut zur "Verschlusssache Bayern" hochstilisiert.

(Zuruf)

Herr Dr. Söder, wo ist denn eigentlich die Voraussetzung für den Katastrophenausruf, ein ungewöhnliches Ausmaß einer Gefährdung oder Schädigung einer Vielzahl von Menschen? – Ein solch ungewöhnliches Ausmaß kann ich nicht erkennen, und andere können es auch nicht. Im Vergleich zu früheren Infektionswellen – denken Sie an die Grippewellen, die nachvollziehbar und gut dokumentiert sind – ist kein ungewöhnliches Ausmaß gegeben, weder der Übersterblichkeit noch dieser Infektion an sich. Corona ist zwar für jedermann gleich gefährlich, im Krankheitsverlauf gibt es aber auch Unterschiede je nach Alter, Höhe der Virusaufnahme und Vorerkrankungen. Nicht

jeder wird von gefährlichsten Organsystementzündungen, die tödlich sein können, eingeholt, sondern nur ein ganz kleiner Teil der Bevölkerung. Dies sind die Gefährdeten, die man gezielt schützen könnte.

Sie dagegen schließen uns alle in Bayern in unseren Wohnungen ein und sagen: Ausgangssperre! Der Vorwurf der Freiheitsberaubung von Amts wegen durch Ihre Regierung, der hier von manchen erhoben wird, trifft Sie nicht, weil Sie sagen: Ich habe doch das Katastrophenschutzgesetz und die Befugnisse dort auf meiner Seite. Sie erklären ganz Bayern zum Katastrophengebiet – das dürfen Sie –, und schon können Sie Bayern absperren. Die Voraussetzung konstruiert man mit einer griffigen oder gegriffenen Inzidenzzahl. Diese beruht auf einem Massentest mit falsch-positiven Ergebnissen. Schon hat man die Allgemeingefahr durch ein gefährliches Virus herbeigeholt. Die Ampel steht dann auf Rot, und ich sehe natürlich schwarz – wenn ich Sie ansehe, sowieso.

Ich muss sagen, das ist schlaugedacht, aber nicht schlaugemacht, Herr Söder; denn das ist durchsichtig und erinnert an Polizeistaatmethoden. Man gibt vor, es gut zu meinen, aber macht es doch nicht ganz so gut – nicht gut gemacht!

Herr Söder, Ihr Zahlenwerk ist ein fragiles Kartenhaus. Sie beziehen sich bei der Feststellung der Seuchenlage, das heißt bei dem Verbreitungsgrad der Virusinfektion COVID-19, auf die von den Gesundheitsämtern täglich berichteten Zahlen. Diese Zahlen geben jedoch nur die Zahl der positiven Laborergebnisse wieder und beweisen nicht die Infektion.

Das ist eine ganz wesentliche Grundlage, auf die man zurückkommen muss. Die vom Labor benutzten Testverfahren detektieren nur das E-Gen der viralen RNA – und zwar nur die Virushülle –, und diese Hülle ist nicht exklusiv spezifisch für SARS-CoV-2, also für diese COVID-19-Erkrankung. Damit bedeutet ein positives Testergebnis des PCR-Tests nicht automatisch eine Erkrankung oder eine Infektiosität des Getesteten.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Die Redezeit!

Raimund Swoboda (fraktionslos): – Ich komme gleich zum Schluss. – Meine Damen und Herren, in einer Review der Corman-Drosten-Studie haben 22 Gutachter, darunter Prof. Dr. Ulrich Krämer, Virologen in Würzburg und Immunologen diesen Test am 27. November –

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte achten Sie auf die Zeit!

Raimund Swoboda (fraktionslos): – schlicht als unbrauchbar bezeichnet. Damit ist alles, was man darauf stützt, auch unbrauchbar. Ich bitte Sie daher, Herr Söder, besinnen Sie sich. Kommen Sie wieder zu dem zurück, was Sie hier einmal waren, nämlich ein guter Ministerpräsident. Vielleicht wären Sie auch ein besserer Kanzler.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke. – Ich darf den nächsten Redner, den fraktionslosen Abgeordneten Markus Plenk, aufrufen. Sie haben ebenfalls vier Minuten Redezeit; bitte überziehen Sie diese nicht. Bitte schön.

Markus Plenk (fraktionslos): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Mitbürger außerhalb dieser Politikerblase, wie zu erwarten war, setzt Herr Söder seine plan- und erfolglose Politik

(Zurufe)

nach dem Motto: "Strategie und Konzepte funktionieren nicht, also mehr davon" fort.

Mittlerweile dämmert es mehr und mehr Bürgern, dass es von Anfang an sinnvoller gewesen wäre, auf die Eigenverantwortung der Bürger zu setzen und sich insbesondere auf den Schutz von Risikogruppen zu fokussieren. Mit Freiwilligkeit, flankiert durch Aufklärungsarbeit seitens der Regierung, hätte man vermutlich zumindest im Gesundheitsbereich kein schlechteres Ergebnis erzielt und die durch das miserable Krisenmanagement verursachten Kollateralschäden zum großen Teil vermeiden können.

Bitte kommen Sie mir jetzt nicht mit dem Beispiel Schweden. Zum einen ist die Krise noch nicht vorbei; abgerechnet wird bekanntlich am Schluss. Zum anderen gibt es zahlreiche Beispiele anderer entwickelter Länder – Japan und viele andere ostasiatische Länder, die im Übrigen auch demokratisch sind –, die ohne harte Lockdowns viel besser durch die Krise gekommen sind.

Wir haben jetzt beides: Wir haben den gesundheitspolitischen und den wirtschaftlichen bzw. sozialen Schaden. Herzlichen Glückwunsch, Herr Söder, schlechter kann man ein Land kaum durch diese Krise führen.

Herr Söder, Sie werden nicht müde, bei jeder Gelegenheit zu betonen, wie gut die Umfragewerte für die CSU sind und wie hoch der Zuspruch in der Bevölkerung für Ihre Politik ist. Ehrlich gesagt habe ich auch keine Erklärung dafür, warum die Umfragewerte so sind. Vielleicht liegt das daran, dass sich viele Menschen, allen voran Journalisten, kaum mehr trauen, Kritik an der Regierungspolitik zu artikulieren,

(Zurufe: Oh!)

müssen sie doch existenzielle Repressalien befürchten.

(Lachen)

– Da können Sie schon lachen. Diese Furcht ist auch nicht unbegründet; denn mittlerweile gibt es sehr viele Beispiele von Mitbürgern unterschiedlicher Berufsgruppen, die wegen unliebsamer Meinungsäußerungen in Ihrer Existenz bedroht werden. Diese Entwicklung in unserer freiheitlichen Demokratie ist mehr als befremdlich; sie ist erschütternd. Wer hätte sich vor einigen Jahren vorstellen können, dass in unserem Land eine De-facto-Zensur Einzug halten könnte?

Herr Söder, Sie betonen bei jeder Gelegenheit, wie tödlich das Coronavirus ist. Es gibt schwere COVID-19-Verläufe mit Todesfolge, das ist ganz klar. Dennoch halte ich es für absolut verfehlt, wenn Sie die Anzahl der Corona-Toten mit Flugzeugabstürzen ver-

gleichen oder davon sprechen, dass bei uns alle vier Minuten ein Mensch an Corona sterben würde.

(Zuruf: Das stimmt aber!)

– Das stimmt, da gebe ich Ihnen recht. Ich halte das dennoch für Panikmache und pure Heuchelei. Warum? – Ich kann mich nicht daran erinnern, dass Sie sich jemals vergleichbar zu Hungertoten geäußert hätten. Alle vier Minuten sterben circa 70 Menschen weltweit an Hunger; davon sind 50 Kinder im Alter bis zu fünf Jahren. Die Tendenz ist leider steigend, was wiederum leider auch mit unserer Corona-Politik zusammenhängt.

Herr Söder, denken Sie einmal an solche Zahlen, bevor Sie in unserem Land wegen Corona Angst und Schrecken verbreiten. Konzentrieren Sie sich lieber auf eine ganzheitliche Politik, die unter Abwägung von Vor- und Nachteilen für die Bürger –nicht für sich selber – bestmögliche Lösungen herbeiführt.

Mit dem jetzt erneut an den Tag gelegten strategielosen blinden Aktionismus wird die Corona-Krise in Bayern noch lange andauern. Vielleicht glauben Sie aber, dass das Ihren persönlichen opportunistischen Zielen am besten dient.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter Plenk, bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. – Es gibt eine Zwischenbemerkung der Kollegin Petra Högl.

Petra Högl (CSU): Herr Kollege Plenk, Sie haben ausgeführt, dass Sie auf Eigenverantwortung setzen bzw. dieses Modell bevorzugen würden. Schauen wir einmal nach Österreich. Österreich hatte in den Ferien das Modell "Eigenverantwortung": Überall dort, wo man hingehen muss, gilt die Maskenpflicht. Wo man nicht hingehen muss, also sozusagen in der Freizeit, gibt es keine Maskenpflicht.

Wenn wir uns aber die Inzidenzzahlen von Österreich ansehen, kann man, glaube ich, nicht von einem Erfolgsmodell sprechen. Was sagen Sie dazu?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke. – Bitte schön.

Markus Plenk (fraktionslos): Ich komme aus der oberbayerischen Tourismusregion des Chiemgau. Österreich und Oberbayern haben gemeinsam, dass sie im Sommer und auch in den Herbstferien im Endeffekt mit Touristen geflutet wurden. Das hat natürlich ganz wesentlich zum Pandemiegeschehen beigetragen. Gleichwohl ist das auch auf die Politik der Staatsregierung zurückzuführen; ein Paradebeispiel war der Lockdown in Berchtesgaden. Was hat es für einen Sinn, wenn 2.500 Touristen vermeintlich nach Hause geschickt werden, aber im Nachbarlandkreis ihren Urlaub fortsetzen und dort weiterhin zum Pandemiegeschehen beitragen? – Ein gutes Krisenmanagement sieht anders aus.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Damit darf ich als nächsten Redner Prof. Dr. Winfried Bausback von der CSU-Fraktion aufrufen. Bitte schön.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Plenk, wer den Begriff der Pandemie nicht versteht, wer nicht versteht, dass der Lockdown light zwar nicht das gebracht hat, was wir uns gewünscht haben, aber dennoch einen exponentiellen Anstieg verhindert hat, und wer nicht versteht, dass Corona vermutlich zur dritthäufigsten Todesursache in diesem Jahr wird, hat auch seine Verantwortung als Abgeordneter nicht verstanden.

Wir diskutieren mit den letzten Redebeiträgen zum Teil über Zahlen und über Entwicklungen. Sicher kann man die Tatsache anführen, dass 23 Städte und Landkreise in Bayern mit Werten über 200 bei der 7-Tage-Inzidenz liegen. Man kann auch auf die über 4.300 Todesfälle in Bayern verweisen. Diejenigen, die für uns alle den Dienst in den Krankenhäusern leisten, haben jedoch einen anderen Blick auf die Situation, Kolleginnen und Kollegen.

Eine Klassenkameradin – sie lebt heute in Berlin und war selbst Intensivkrankenschwester, übt heute jedoch einen anderen Beruf aus – hat mir das Lagebild einer Intensivkrankenschwester aus einer bayerischen Klinik wörtlich weitergegeben. Diese

Intensivkrankenschwester berichtete, dass zwölf Intensivbetten in dieser Klinik vorhanden seien. Sieben Betten wären durch COVID-Patienten belegt gewesen; sie sei für drei COVID-Patienten verantwortlich gewesen. Sie hat auch die Belastung geschildert. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, diesen Blick der Schwestern, der Pfleger und der Ärzte sollten wir uns öfter vergegenwärtigen; denn angesichts der gestiegenen Zahlen handelt es sich sicherlich nicht um einen Einzelfall.

Meine Damen und Herren, ich habe mit Bewunderung, lieber Horst Arnold, verehrter Herr Kollege, deine verfassungsrechtlichen Ausführungen verfolgt. Klar: Ein bayerischer Staatsanwalt kann auch exzellent Verfassungsrecht; das muss man nicht betonen. Ein Hauptthema der verfassungsrechtlichen Erwägungen sollte allerdings folgendes sein: Eine Amtsrichterin am Amtsgericht Trier, eine 40-jährige Betreuungsrichterin, Frau Poser, hat vor dem Bundesverfassungsgericht gegen ein Triage-System geklagt, das von der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin erarbeitet wurde, da sie Angst hat, dass sie in dem Fall, dass die Intensivbetten nicht mehr ausreichen, als möglicherweise weniger aussichtsreicher Fall aus dem System ausgesondert wird. Sie möchte, dass das Parlament entscheidet, wie die Triage angeordnet wird.

Jetzt möchte ich von dir wissen, lieber Horst Arnold: Wie würdest du denn als Verfassungsjurist oder als Jurist im Landtag, dem Gesetzgeber, ein solches Triage-System verfassungsgemäß und menschlich anordnen, wenn wir unser höchstes Gut, das menschliche Leben, heranziehen? Wir müssen doch alles dafür tun, Kolleginnen und Kollegen, dass es nicht zu so einer Situation kommt. In Deutschland ist leider Gottes nach den jetzigen Zahlen gar nicht ausgeschlossen, dass an der einen oder anderen Stelle die Frage einer Triage auftaucht. Das ist ein verfassungsrechtliches Hauptproblem, das sich hier stellt.

Es ist sinnvoll, jetzt darüber diskutieren, was wir tun können. Das ist unsere Aufgabe. Ich bin überzeugt davon: Die Staatsregierung prüft jede einzelne Maßnahme, die wir auch hier diskutiert haben, auf ihre Geeignetheit. In der Tat lernen wir alle dazu. Du

hast aber den Blick nur auf die Einzelmaßnahmen gerichtet. Leider Gottes geht es bei der Pandemie nicht nur um die Frage der Eignung und der Verhältnismäßigkeit einer Maßnahme, sondern es geht auch darum – das hat die Leopoldina in ihrer heutigen Veröffentlichung noch einmal bestätigt –, wie viele Kontakte es insgesamt gibt, wie viel Bewegung, wie viel Mobilität es gibt. Auch das Robert Koch-Institut weist darauf hin, dass es in Deutschland einfach noch zu viel Mobilität und zu viele Kontakte gibt.

Natürlich können wir uns bei den einzelnen Maßnahmen trefflich streiten, zum Beispiel darüber, ob es gerechtfertigt ist, eine Tennishalle zuzumachen oder nicht, ob es gerechtfertigt ist, die Fußpflege zuzulassen oder nicht. – Am Ende zählen die Kontakte. Deshalb bin ich so froh, Frau Staatssekretärin Stolz, dass wir jetzt für die Schulen eine Regelung gefunden haben, die dazu führt, dass dort 40 % der Kontakte und im öffentlichen Nahverkehr vielleicht 50 % der Kontakte reduziert werden. Das ist ganz wichtig. Warum? – Weil in Bayern täglich zwei Millionen Schülerinnen und Schüler unterwegs sind. Wir können uns doch keinen Sand in die Augen streuen. Dort gibt es regelmäßige und intensivste Kontakte.

Herr Hagen, Sie haben gesagt, der Lockdown light sei nicht geeignet gewesen. – Natürlich war er schon geeignet, weil dadurch die exponentielle Ausbreitung gestoppt und gebrochen wurde; das hat aber nicht ausgereicht – da sind wir beieinander. Die prophetische Gabe der FDP, Kolleginnen und Kollegen, mag ich bezweifeln. Ihr Zitat, Herr Hagen, ist ja schon genannt worden. Der Parteivorsitzende der FDP, Herr Christian Lindner, wurde am 18. Oktober – das können Sie im Internet noch nachlesen – damit zitiert, man solle doch Corona nicht überdramatisieren. Er hat hinzugefügt, dass die damals in Frankreich getroffenen Maßnahmen in Deutschland sicherlich nicht verhältnismäßig gewesen wären.

Kolleginnen und Kollegen, das erinnert mich sehr stark an zwei andere Experten, die man auch heute noch häufig im Fernsehen sieht: an Charles Waldorf und Herbert Statler. Vielleicht kennen Sie sie, Herr Kollege. – Das sind die beiden älteren Herren in der Muppet-Show, die nur destruktiv, nur ätzend und sarkastisch unterwegs sind, aber

wenn es darauf ankommt, nicht wirklich Vorschläge machen, wie man einer Gefahr entgegenwirken kann. Ehrlich gesagt, sehe ich die FDP bei diesen beiden Herren – so wie Sie agieren.

Herr Hartmann, das war ein Lichtblick in Ihren Ausführungen: Ich finde gut, dass seitens der GRÜNEN gesagt wird: Wir brauchen jetzt schärfere Maßnahmen. Das haben Sie auch gesagt. Späte Einsicht ist ja auch etwas, Herr Hartmann. Das finde ich gut. Ich finde aber nicht richtig und ungehörig, Herr Hartmann, dass Sie gesagt haben, Sie hätten den Eindruck, dem Ministerpräsidenten gehe es nur um die Publicity. Ehrlich gesagt: Wenn ich die Medien verfolge, ist mein Eindruck, dass der Drang nach Öffentlichkeit Ihrer Fraktionsvorsitzenden Katharina Schulze und von Ihnen mindestens genauso, wahrscheinlich wesentlich mehr gegeben ist.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich finde aber, wir sollten uns nicht wechselseitig vorwerfen, dass man etwas wegen Publicity macht. Ich bin mir sicher, keinem von uns hat es Freude bereitet, über diese Dinge zu diskutieren, und ich weiß auch, wie intensiv auch über manche Maßnahmen der Staatsregierung in unserer Fraktion diskutiert wurde. Ich glaube, wenn wir jetzt gemeinsam sagen, dass wir schärfer eindämmen müssen, sollten wir uns nicht den guten Willen und die redlichen Motive absprechen. Sie mahnen ja letztlich an, dass es eine Gesamtstrategie braucht. Ich glaube schon, mittlerweile verstanden zu haben, dass eine Pandemie eine Situation darstellt, die man nicht berechnen kann, wie das vielleicht bei einem politischen Mitbewerber der Fall ist. Es geht einfach darum, Schritt für Schritt zu reagieren. Das tut unsere Regierung, und das tut sie sehr konsequent. Wir als Fraktion stehen auch voll und ganz dahinter. Wenn Sie konstruktiv unterwegs sind und auch schärfere Maßnahmen mittragen, würde ich Sie bitten, uns und unserer Staatsregierung auch insoweit redliche Motive zu unterstellen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Es gibt noch verschiedene Zwischenbemerkungen. – Ich darf mit der Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Horst Arnold beginnen. Bitte schön.

Horst Arnold (SPD): Sehr geehrter Kollege Bausback, lieber Winfried, es ist doch gerade auch ein Zeichen von verhältnismäßiger Politik, wenn ich es gar nicht so weit kommen lasse, entsprechende Fragestellungen wie Triage usw. zu diskutieren. Sie fragen, wie ich das entscheiden würde. – Wenn ich das zu entscheiden hätte, käme es unter Achtung der Gebote der Verfassungsmäßigkeit und Verhältnismäßigkeit gar nicht dazu, derartige Entscheidungen zu treffen. Das fordere ich auch von Ihnen ein.

Man kann doch auch bei all dem Bewusstsein, das wir haben, nicht sagen: Nur kein Abstand, nur kein Kontakt ist ein guter Kontakt. Ja sind wir denn in einem Land, in dem wir uns sozusagen wegsperren müssen? Ist das das Idealziel? Wir haben ebenfalls auch auf die soziale Gesundheit zu achten. Der einsame, der isolierte Mensch wird krank, und zwar über die hoffentlich bald bewältigte Pandemie hinaus. Es ist auch ein Gebot der Verhältnismäßigkeit, auch das immer einzupreisen.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Herr Bausback.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Lieber Herr Kollege Arnold, das Reizvolle an verfassungsrechtlichen Argumentationen ist, dass man, wenn man möchte, sehr abstrakt bleiben kann. Wenn es aber dann einmal um etwas Konkretes geht, müssen wir doch entscheiden, was wir tun. Ich habe in den letzten Wochen auch die Diskussionen im Parlament verfolgt. Ich kann nicht sagen, dass ich beobachtet hätte, dass von der SPD wahnsinnig viele konkrete Vorschläge gekommen wären. Zu sagen, dass das, was gemacht wird, im Einzelfall zu weit geht, ist leicht. Entscheidend bei der Pandemie ist aber, wie wir denn zu einer Reduzierung der Kontakte um 70 oder um 80 % kommen, was die Voraussetzung dafür wäre, dass die Zahl der Neuinfektionen nach unten geht. Das ist die Aufgabe, die wir im Moment zu bewältigen haben. Deshalb

müssen auch recht pauschale Maßnahmen als verhältnismäßig in Kauf genommen werden, weil es nicht anders geht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Gut, vielen Dank. – Dann gibt es eine weitere Frage von Herrn Abgeordnetem Fischbach. Bitte schön.

Matthias Fischbach (FDP): Sehr geehrter Herr Kollege Bausback, Sie haben in Ihrer Rede ausgeführt, der Lockdown light habe vor allem die exponentielle Entwicklung gestoppt. Ich möchte da schon noch mal zur Kenntnis geben: Sie kennen sicherlich auch den täglichen Situationsbericht des RKI. Dort gibt es eine Nowcast-Übersicht. Da wird das Infektionsgeschehen um den Meldeverzug bereinigt und auf die jeweiligen Tage zurückgerechnet. Da sieht man zum Beispiel den R-Wert, der die exponentielle Entwicklung wiedergibt. Jedem ist klar, dass die Entwicklung bei einem R-Wert über 1 exponentiell verläuft. Mitte Oktober hat sich der R-Wert noch um 1,5 herum bewegt und war bis Anfang November auf um die 1 gesunken. Das heißt, dass die exponentielle Entwicklung zum Zeitpunkt des 2. November, ab dem der Lockdown light in Kraft getreten ist, im Wesentlichen schon gestoppt war. Das zum Mythos, die exponentielle Entwicklung sei durch den Lockdown light gestoppt worden.

Sie haben auch gesagt, vonseiten der FDP seien keine Vorschläge gemacht worden. Ich verweise auf Seite 3 unseres Dringlichkeitsantrags vom 30. Oktober, in dem all das steht, was wir heute endlich umsetzen: Distanz- und Wechselunterricht für die oberen Jahrgangsstufen; FFP2-Masken stärker einsetzen; Alten- und Pflegeheime schützen; Testkonzepte. All das haben wir gefordert. Sie können uns einen solchen Vorwurf also nicht machen.

(Beifall bei der FDP)

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Kollege, auch Sie können nicht leugnen, dass wir eine Entwicklung hatten, in der sich die Zahlen über mehrere Wochen hinweg

verdoppelt haben, und wir jetzt eine Entwicklung haben, in der es lediglich eine leichte Steigerung gibt. Sie können auch nicht leugnen, dass das an den Maßnahmen lag. Wir brauchen ein ganzes Bündel an Maßnahmen und können nicht allein die Oberstufe in den Blick nehmen.

Bei meinen Kindern stelle ich fest, dass es für die Oberstufler leichter als für andere ist, sich coronagerecht zu verhalten. Die kleinen Maßnahmen, die Sie da vorgeschlagen haben, hätten allein auch nicht zu einer Veränderung der Gesamtsituation beigetragen. Das ist eben das Absurde an der Pandemie: Wenn die Maßnahme wirksam ist, dann hat man im Nachhinein oft die Diskussion darüber – das ist das Paradoxon der Pandemie –, ob sie etwas gebracht hat. – Die Maßnahme hat schon etwas gebracht. Sie hat aber – das ist unsere Meinung – nicht genug gebracht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Bausback. – Ich komme damit zur letzten Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Roland Magerl von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Roland Magerl (AfD): Wertes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Ministerpräsident! Sie beherrschen Auftritte, die einem im Gedächtnis bleiben, nahezu perfekt: Sonntagmittag eine Sondersitzung, weil am Sonntag in den Medien ja sonst nichts los ist. Dann um 14 Uhr eine Pressekonferenz, damit jedem die Vorfreude auf Weihnachten vergeht. Das fade Gefühl passt dann auch zu ihren Inhalten.

Und wozu das alles? Um sicheres Auftreten bei völliger Planlosigkeit zu demonstrieren, weil Sie die Lage noch immer nicht im Griff haben? – Herr Söder, Sie benehmen sich, wie wir es von Ihnen bereits gewöhnt sind, wie ein Schwarzmalter und Panikmacher. Ein Staatsmann von Größe würde seinen Bürgern Mut machen und ihnen die

Angst nehmen. Sie hingegen schüren die Ängste der Bürger. Und als ob das alles nicht doch längst reichen würde, sind Ihre sprunghaften Entscheidungen für den normalen Bürger kaum noch nachvollziehbar: Was darf man und was nicht? Wie lange gilt das, und wie lange gilt jenes? – Das gleicht doch langsam einem Kasperltheater.

Wenn Sie wenigstens ehrlich zu Ihren Bürgern wären, würden Sie ihnen klar und deutlich sagen: Sie dürfen zwar, sofern Sie noch Arbeit haben, arbeiten gehen und dringend benötigte Steuern erwirtschaften. Aber Spaß, Freizeit und Erholung lassen wir mal lieber! – Nichts anderes ist es, was Sie hier machen.

Schauen wir doch mal, was draußen mittlerweile los ist. Wo bleiben die vielen, vielen Arbeitnehmer, welche seit Monaten in Kurzarbeit sind und nicht wissen, weil es einfach hinten und vorne nicht mehr reicht, wie sie ihre Kinder zu Weihnachten beschenken sollen?

(Beifall bei der AfD)

Wo bleiben denn die Kinder und Jugendlichen, denen Sie mittlerweile fast ein Jahr ihrer schönsten und unbeschwertesten Zeit geraubt haben? Diese Zeit kommt nie wieder. Wo bleiben die Senioren, welche aus diesem Land das gemacht haben, was wir heute draußen sehen? Die Senioren warten nun, in den Heimen weggesperrt, sehnsüchtig auf den Besuch ihrer Liebsten. Wo bleiben die Gastronomen, die Schausteller, die Fitnessstudios, die Hotelbetreiber, die Reisebüros, die Vereine und noch viele, viele mehr, deren Existenzgrundlage Sie geraubt haben?

Wissen Sie eigentlich, was es bedeutet, wenn man Existenzängste hat? Wissen Sie, was es bedeutet, wenn man abends ins Bett geht und nicht weiß, wie es morgen weitergeht? – Ich glaube nicht; denn hier kommt das Geld ja trotz Lockdown jeden Monat pünktlich.

Wo bleibt der soziale Frieden, den Sie und die verbrauchten Parteien hier im Hohen Haus bereitwillig opfern, indem Sie jeden Kritiker als Verschwörungstheoretiker oder Corona-Leugner denunzieren?

(Beifall bei der AfD)

Ich kann Ihnen sagen, wo die alle bleiben – die bleiben alle auf der Strecke. Aber wofür? Für Ihren Weg nach Berlin? – Ein verdammt hoher Preis! Lassen Sie sich das gesagt sein.

Herr Söder, Ihr Handeln, das Handeln der Staatsregierung und das Handeln der Medien ist einfach durchsichtig und letztendlich fahrlässig. Entweder ist das Virus gefährlich, dann handelt man entschlossen. Oder es ist nicht so gefährlich, wie man uns glauben machen möchte, dann handelt man wie Sie.

Nehmen wir nun an, Sie hätten recht. Ich frage mich dann schon, warum Sie am 6. Dezember die Verschärfung der Regeln für Mittwoch, den 9. Dezember verkünden. Ich frage mich dann, warum Sie nicht schon Anfang November gesagt haben: Lockdown für drei Wochen, bleibt alle zu Hause; kurz, hart, schmerzvoll!

Was haben Sie gemacht? – Sie haben jeden dritten Tag von sich gegeben, dass alles gar so besorgniserregend sei. Sie haben Weihnachten – und Silvester sowieso – zur Disposition gestellt. Noch schlimmer: Sie haben die Menschen verantwortlich gemacht. Diese hielten sich nicht an die Kontaktbeschränkungen etc. – Die Schuld bei sich suchen Sie nicht.

Wenn es eilig gewesen wäre, dann hätte man schnell und hart durchgreifen müssen. Danach hätte man die Leute wieder aus dem Würgegriff der Staatsregierung entlassen und sagen müssen: Es tut uns leid, dass es sein musste, aber wenn wir uns alle zusammenreißen, dann klappt es.

(Beifall bei der AfD)

Sie machen sonntags lieber Pressekonferenzen zur Selbstinszenierung. Sie machen die Menschen mit Angst gefügig: Jeden Tag gebe es so viele Tote wie bei einem Flugzeugabsturz, alle vier Minuten sterbe in Deutschland ein Mensch an Corona. Das haben Sie gesagt. – Ich sage Ihnen, dass die CDU/CSU, wenn Sie so weitermachen, jede Stunde einen Wähler verliert.

Wir alle wissen mittlerweile, dass es jetzt gilt, die Risikogruppen zu schützen. Wir von der AfD haben das bereits von Anfang an gefordert. Sie nehmen aber weiterhin die ganze Bevölkerung in Geiselhaft, obwohl, wie heute in der "BILD" zu lesen ist, zum Beispiel Tübingen anderes vorgemacht hat. Mittlerweile sind neun Monate an Zeit vergangen, innerhalb derer Sie gerade bei den genannten Gruppen hätten reagieren müssen. Sie haben das versäumt und müssen sich das vorwerfen lassen.

Jetzt sollen in den Heimen die Pflegekräfte und Besucher getestet werden. Wir begrüßen das ausdrücklich. Wir hatten das bereits im März gefordert. Wer führt diese Tests nun aber durch? – Schnell geschossen, aber trotz der häufigen Ankündigung einer zweiten Welle nicht überlegt! Sie stellen viele Pflegeheime so vor zusätzliche Probleme. Die Bewohner müssen das dann durch längere Einsamkeit büßen. Machen Sie in Ihren Verordnungen bitte klare Aussagen dazu, wie die Pflegeeinrichtungen dies umsetzen sollen! Das wäre ein Schritt in die richtige Richtung.

Und ein ganz wichtiger Punkt: Schaffen Sie die Voraussetzungen dafür, dass die Kinder beim Wechselunterricht auf keinen Fall auf der Strecke bleiben!

(Beifall bei der AfD)

Zu Weihnachten dürfen sich die Menschen nun unter Auflagen treffen. – Ach, wie gnädig! Dabei ist das nur ein weiteres Instrument dafür, nach Weihnachten eine vollständige Ausgangssperre zu verhängen.

Wir werden erleben, dass die sogenannten Fallzahlen nach Weihnachten ansteigen werden. Das ist in einer Grippezeit auch nichts Ungewöhnliches – und daher vor-

hersehbar. Sie aber, Herr Söder, und Sie, liebe Staatsregierung, werden diese Erkenntnis dazu nutzen, um den Bürgern nach den Feiertagen ein schlechtes Gewissen einzureden; denn die Unvernünftigen werden dafür verantwortlich gemacht werden, dass die Fallzahlen steigen. Somit haben Sie dann auch die Legitimation dazu, die Ausgangssperren weiter zu verschärfen. Wer weiß, was Ihnen noch alles im Zuge des Katastrophenfalles einfällt. Herr Söder, Sie haben es auf gut Bayerisch verbockt, versemmt oder verkackt. Nennen Sie es, wie Sie wollen. Deshalb wird die AfD-Fraktion heute gegen Ihre Maßnahmen stimmen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Herrn Abgeordnetem Magerl. – Das war die letzte Wortmeldung zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen im Raum. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt geschlossen.